SCHANZEN LEBEN

DM 2,50

MAI/JUNI ´94



Titelbild: KurdInnen in einem Hinterhof geben sich trotz aller Repression zuversichtlich im Kampf gegen die türkischen Militärs (Foto: A. Herzau/Signum)

Wasserturm * E-Schicht * Bau am Hafenrand * Krise, Konsolidierung und Kürzung * Sabotiert die Zwangsarbeit * Wilde Männer in Hamburg * Hamburger Delegationen in Kurdistan * Legalisierung von Heroin * Demo-Aufruf * LeserInnenbrief + Antwort * Anzeigen * Adressen

Impressum

SCHANZENLEBEN
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55 oder Schanzenstr. 59
20357 Hamburg

V.i.S.d.P.:
K.H. Hahn
Schulterblatt 6, 20357 Hamburg

SCHANZENLEBEN erscheint überraschend unregelmäßig, aber möglichst vierteljährlich und immerhin seit 1980(!) im Selbstverlag und Eigendruck.

An dieser Stelle mal ein paar Worte über uns:

Seit Herbst 1980 gibt es das Schanzenleben. Das Konzept der Zeitung sah damals vor, daß die Zeitung Forum für Stadtteilinitiativen sein sollte. Im Laufe der Zeit hat sich dieser enge Bezug auf Stadtteil und -Initiativen gewandelt. Heute sieht das Bild anders aus: Es wird auch über bzw. aus dem Stadtteil berichtet, aber der Raum, den diese Berichterstattung einnimmt, ist auf ca. 1/3 der Zeitung geschrumpft (manchmal auch noch weniger). Dies liegt natürlich auch daran, daß sich die Zusammensetzung der Redaktion im Laufe der Jahre mehrmals vollständig geändert hat. Andere Leute - andere Themen.
Die Zeitung hatte gute Zeiten und schlechte Zeiten. Unregelmäßiges und/oder liebloses Erscheinen traten immer dann auf, wenn es personelle Umbrüche gab - sei es durch Ausscheiden einiger MacherInnen oder durch Bocklosigkeit bei dem Rest. Die Gründe für den Ausstieg oder den Motivationsmangel sind vielfältig: persönliche Veränderungen, Perspektivlosigkeit, schlechte Gruppenstrukturen, mangelnde Akzeptanz in der Gruppe - die Redaktion als Spiegelbild der "Scene" letztendlich.
Jetzt sind wir mal wieder an einem Punkt angelangt, wo es so nicht weiter geht. Grund ist nicht etwa die große Krise in der Gruppe, sondern: wir sind einfach nicht genug Leute, nachdem zwei von uns vor einiger Zeit ausgestiegen sind. Mit 7 Leuten, die alle mal Urlaub machen, die alle mal lustlos sind, die alle mal keine Zeit haben, ist ein regelmäßiges Erscheinen nicht mehr möglich. Wir - das sind zwei Frauen und fünf Männer - suchen deshalb neue MitarbeiterInnen. Wir wenden uns das erste Mal auf diese Weise an die Öffentlichkeit, weil das Abgrasen unserer Bekanntenkreise kein positives Resultat hatte. Entweder kennen wir die falschen Leute oder das Projekt ist so unbeliebt, daß niemand Zeit und Energie dafür aufbringen mag (buhu).
Wer also Lust hat, regelmäßig am Entstehen dieser Zeitung mitzuwirken, kann mit uns jeweils Montags um 19h30 im Cafe Döse (Bartelsstr. 12) einen Schnupperkontakt aufnehmen.

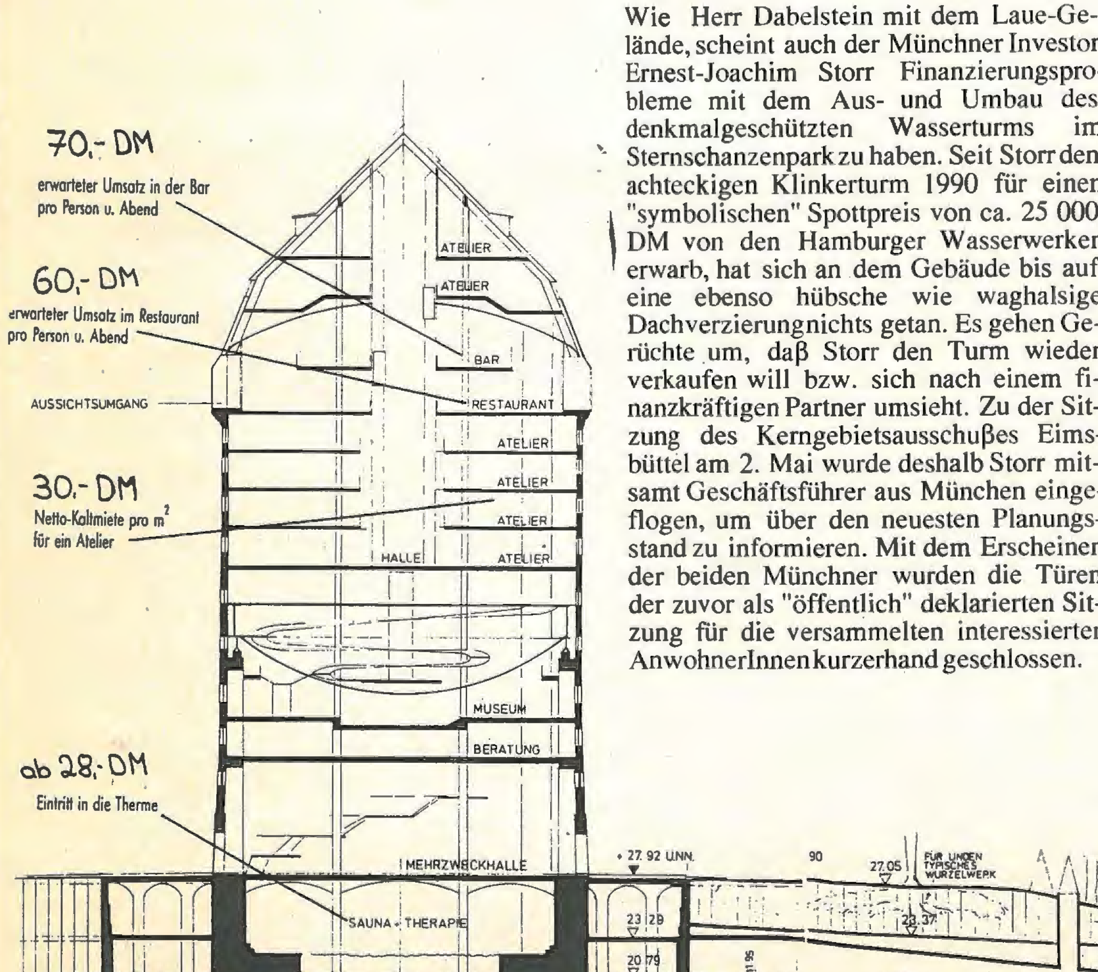
Bis dann - die Schanzenlebenredaktion

Öffentlicher Kommerz oder kommerzielle Öffentlichkeit?

Wenig Neues vom Wasserturm

Wie Herr Dabelstein mit dem Laue-Gelände, scheint auch der Münchner Investor Ernest-Joachim Storr Finanzierungsprobleme mit dem Aus- und Umbau des denkmalgeschützten Wasserturms im Sternschanzenpark zu haben. Seit Storr den achteckigen Klinkerturm 1990 für einen "symbolischen" Spottpreis von ca. 25 000 DM von den Hamburger Wasserwerken erwarb, hat sich an dem Gebäude bis auf eine ebenso hübsche wie waghalsige Dachverzierung nichts getan. Es gehen Gerüchte um, daß Storr den Turm wieder verkaufen will bzw. sich nach einem finanzkräftigen Partner umsieht. Zu der Sitzung des Kerngebietsausschußes Eimsbüttel am 2. Mai wurde deshalb Storr mitsamt Geschäftsführer aus München eingeflogen, um über den neuesten Planungsstand zu informieren. Mit dem Erscheinen der beiden Münchner wurden die Türen der zuvor als "öffentlich" deklarierten Sitzung für die versammelten interessierten AnwohnerInnen kurzerhand geschlossen.

Vor dem TOP "Wasserturm" gab Herr Storr noch zwei Interviews, denen wir mit nur einem Ohr lauschen konnten, da uns der Eimsbüttler Weihnachtschor das andere Ohr für seine Gesänge stahl. Viel Neues sagte Herr Storr nicht. Er bestätigte seine Probleme, Investoren für das Projekt "Wasserturm" zu finden, dessen Neugestaltung nach aktuellen Schätzungen 35 Millionen Mark verschlingen würde. Bedenken haben die Kreditgeber wohl nicht nur wegen des Skandals um den hessischen Immobilienhai Schneider. Schwerwiegender für die Investoren dürfte die Auflage sein, die beim Verkauf des Turms 1990 an Storr gemacht wurde: Die Nutzung des umgebauten Wasserturms sollte zu 50 Prozent kommerziell und zu 50 Prozent öffentlich sein. Diese Zweiteilung riecht nicht nach großem Gewinn. Indirekt haben die Banken wohl auch Bedenken, daß durch die sogenannte "Szene" in der Sternschanze, die kommerziellen Nutzer des Wasserturms abspringen könnten. Zwei potentielle NutzerInnen des Turmes haben sich angeblich bereits von ihrem Vorhaben distanziert: Greenpeace, das die oberen Büroräume mieten sollte, zieht nun in den Speicher am Fischmarkt. Und die HWW, die als mögliche Trägerin der geplanten Luxustherme im Parterre im Gespräch war, soll auch ihr Interesse verloren haben.



Die Konsequenz aus dieser Situation ist für Storr eine "bessere Gewichtung" von kommerzieller und öffentlicher Nutzung, wie er während seines Kurztrips nach Eimsbüttel formulierte. Die GAL vermutet, daβ die "öffentliche Nutzung gekippt werden" soll. Wie kann das aussehen? Da rechtlich an der fifty-fifty-Regelung schwer zu rütteln sein wird, vermuten wir eine interne Umwertung dessen, welche Bereiche im neugestalteten Wasserturm öffentlich bzw. kommerziell sein werden. Die kommerziell betriebene Therme könnte z. B. als öffentlich deklariert werden. Näheres zum Wasserturm wird sich in den nächsten Wochen herausstellen. Binnen kürzester Zeit soll Storr einige Varianten zu seinem Konzept vorlegen und innerhalb von zwei Monaten sein Finanzierungs- und Nutzungskonzept überarbeiten.

Voraussichtlich am 6. Juni soll eine weitere Sitzung des Kerngebietsausschuβes zum Wasserturm stattfinden. Hoffentlich wird wenigstens hier an der "öffentlichen Nutzung" der Sitzung festgehalten.



Kurz zur Erinnerung:

Storr's ursprüngliches Konzept sah vor im Turm
1. Ateliers/Büros/Konferenzräume
2. Bar und
3. Restaurant für die "bessersituierten"
4. Ateliers
5. Museum für Stadttechnik
6. Beratung (für was auch immer)
7. Halle und Foyer (sog. Mehrzweckhalle fürs Viertel usw.)
8. Schwimmbad und Therme zu errichten.

Außerdem, war zur "Entlastung des Parkes" ein 8 Meter breiter Tunnel vom Turm zur Straβe Sternschanze (entlang der Bahnlinie) für die Anlieferung von Konsumgütern und den Abtransport von Müll geplant. An der Straβe sollte unterirdisch ein 51 Meter langer und 21 Meter breiter "Ver- und Entsorgungsbau" entstehen.

Die Wasserturminitiative dagegen forderte, unterstützt von vielfältigen Aktionen, den Wasserturm als Industriedenkmal zu erhalten.

E-Schicht und (k)ein Ende?

Ende April machte sich so etwas wie Erleichterung im Schanzen- und Karo-Viertel sowie auf St. Pauli und in Ottensen breit. Grund dafür war die Mitteilung, daß die jeweiligen E-Schichten an den Polizeirevierwachen (PR) 15, 16 und 21 aufgelöst werden sollen (die E-Schicht an der PR 11, Kirchenallee, bleibt bestehen); dies ist jedoch nicht die Erfüllung einer seit langem bestehenden Forderung, sondern soll im Zuge der Sparmaßnahmen der Innenbehörde geschehen. Doch sollte sich mensch nicht zu früh freuen, heißt das doch noch lange nicht, daß die Mitglieder dieser schlagenden Verbindungen einfach so verschwinden. Offiziell liest es sich wie folgt: "(...)Gleichzeitig mit den Maßnahmen der Personaleinsparung wird durch Umschichtungen in wichtigen Bereichen die Präsenz der Polizei vor Ort durch folgende Maßnahmen gestärkt: (...) Umverteilung des Personals der E-Schichten (PR 15, 16, 21). Diese Umverteilung wird nach einem neuen Verteilungssystem vorgenommen. 50% der Stellen an den Revieren werden nach dem Kriterium Belastungsgerechtigkeit (von außen veranlaßte Vorgänge) verteilt, die anderen 50% ergeben sich aus dem Kriterium Präsenzfaktor. Hierunter ist die jeweilige soziale Struktur des Reviergebietes zu verstehen. Besondere Personalzumessungen kann es für Milieu, besondere Anlässe und Flächenbesonderheiten geben." !?!

D.h. daß zwar die Hälfte der E-Schichten auf andere Reviere umverteilt werden, die andere Hälfte wird jedoch auf die A- bis D-Schichten der PR 15, 16 und 21 verteilt, d.h. sie werden weiterhin durch die Viertel streifen, wenn dann auch in Uniform (?). Sicher kamen die zu treffenden Sparmaßnahmen für die Innenbehörde zu einem günstigen Zeitpunkt, um sich der E-Schichten zu entledigen. Die offizielle Begründung für deren Auflösung:

"Die besonderen Zielsetzungen, weshalb die E-Schichten geschaffen wurden haben sich erledigt." Zugegeben, es ist zwar ruhiger geworden in Ottensen, St. Pauli und auch hier im Schanzen-/Karo-Viertel; die E-Schicht der PR 16 hat sicherlich auch zu einem Teil dazu beigetragen, den politischen Widerstand hier mit zu unterdrükken, die hohe Zahl von Strafverfahren und/oder Willkürmaßnahmen bis hin zu Körperverletzungen gegen AktivistInnen hier, aber auch die gegen E-Schicht-Mitglieder (alle eingestellten!) Ermittlungsverfahren u.a. macht dies deutlich.



Doch andererseits war die E-Schicht auch schon in eigenen Kreisen umstritten und nicht zuletzt der Bericht von amnesty international vom Januar 1994 (s. SCHANZENLEBEN Feb./März '94) über eben diese Spezialtruppe legt die Vermutung nahe, daß sich Innensenator Hackmann auf scheinbar elegante Art jetzt dieser Truppe entledigt. Wobei schon in der Vergangenheit personelle Veränderungen getroffen wurden, nachdem die Übergriffe immer mehr öffentlich wurden: "Bis zum 6. Dezember 1993 wurden insgesamt 19 Beamte der Wachdienstgruppe E des Polizeireviers 16 aus unterschiedlichen Gründen und nicht als Reaktion auf öffentliche Kritik umgesetzt, und zwar innerhalb der Revierwache 16 sowie an die Revierwachen 11, 12, 26, 45, an zentrale Dienststellen der Polizeidirektion Mitte, an das Landeskriminalamt und an die Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung." (zit. nach BDrs. 15/196 v. 10.12.1993)

"Folgen" des ai-Berichts

Gleich nach der Veröffentlichung des Berichts ordnete der parteilose Justizsenator Hardrath an, daß die ausnahmslos eingestellten Ermittlungsverfahren gegen E-Schicht'ler noch einmal zu überprüfen seien. Diese Überprüfung sollte von Generalstaatsanwalt Weinert und einem leitenden Justizbeamten vorgenommen werden. Zwischenzeitlich wurde zumindest in einem Fall die Wiederaufnahme der Ermittlungen angeordnet (F. Fennel), in einem zweiten Fall wird es wahrscheinlich auch dazu kommen (L. Priebe).

Dies sind allerdings die zwei Fälle, die ai ausführlich in seinem Bericht geschildert hat. Nach Zählung von ai sind demnach noch 30 weitere Fälle offen, in denen Ermittlungsverfahren gegen E-Schicht'ler eingestellt wurden. Es ist allerdings fraglich, ob weitere Wiederaufnahmen anstehen; in einem dieser 30 offenen Fälle bemühte sich Staatsanwalt Dreyer mitzuteilen, daß die Überprüfung der sog. E-Schicht-Fälle von ihm durchgeführt wurden und daß sich keinerlei Anhaltspunkte für eine Wiederaufnahme der Ermittlungen in diesem Fall ergeben hätten. Doch was ist von einer angeordneten Überprüfung zu halten und zu erwarten, wenn derjenige Staatsanwalt, der in der Vergangenheit alle Ermittlungsverfahren gegen E-Schicht'ler einstellte, nämlich Staatsanwalt Dreyer, seine damaligen Entscheidungen nun zu überprüfen hat?

Trotz vielfältigsten Einspruchs verschiedener Gruppen und Personen scheint es, daß die Hafenrand GmbH ihr Bauvorhaben auf der Freifläche 1168 zwischen Bernhard-Nocht-Str. und St.Pauli Hafenstrasse mit allen Mitteln durchsetzen will. Der Bauzaun, Marke Florapark und Brokdorf, spricht für sich. Ob es noch möglich ist, die von der Hafenstrassen-Genossenschaft entwickelten Vorstellungen hinsichtlich der Bebauung der Freifläche zwischen den Häusern, durchzusetzen, wird sich in nächster Zeit zeigen.



Wer baut am Hafenrand ???

Aussetzung der Räumung

Mit der Bestätigung des Oberlandesgerichts vom Februar '94 wurden sämtliche Räumungstitel rechtsgültig und somit der von der SPD verfolgte Weg der sog. "rechtsstaatlichen" Räumung frei. Dann kam am 25.2.94 via Hamburger Abendblatt das Voscherau'sche Statement: Aussetzung der Räumung, wenn es bei der Bebauung der Freifläche durch die Hafenrand GmbH "friedlich" bleibt. Wir gehen nicht davon aus, daß Voscherau plötzlich sein Herz für die Hafenstrasse entdeckt hat, aber was mögen die Gründe für sein Umschwenken gewesen sein ?

1. Mit der Gründung der Genossenschaft "St.Pauli Hafenstrasse", mit der Veröffentlichung und Diskussion ihrer Pläne zur Bebauung der Freifläche und mit der breiten (auch prominenten) Unterstützung dafür, schien eine Räumung mit den wohl notwendigen martialischen Mitteln nicht mehr angemessen.

2. Obwohl die Geschichte der Hafenstrasse emotional derart besetzt ist, so ist es in den letzten Jahren doch ruhiger am Hafenrand geworden. Selbst Politikern und Presse, die immer stark im Verkünden mehr oder weniger wahrer Geschichten über die Hafenstrasse waren, ist seit ca. 3 Jahren der Stoff ausgegangen. "RAF-Zentrale in der Hafenstrasse" oder "Gehwegplatten auf Polizisten" gehören eher zu den Schlagzeilen der späten 80er. Der Druck auf den Senat, hier "rechtsstaatliche" Flagge zu zeigen, nahm also in den letzten Jahren immer mehr ab.

3. (jetzt wird's ganz spekulativ) Nachdem die Koalitionsverhandlungen mit der GAL geplatzt waren, mußte den Rot-Grün-BefürworterInnen ein Bonbon gereicht werden, um den innerparteilichen Frieden in der SPD zu wahren. Auch die Stattpartei erwies sich an diesem Punkt nicht als Hardlinerpartei.

4. Der Voscherau'sche Vorschlag ist hinsichtlich der Zukunft der Häuser derart vage formuliert, daß eine Räumung jederzeit möglich wäre. Mit keinem Wort erwähnte Voscherau die zukünftigen Besitzverhältnisse am Hafenrand. Aber solange die Häuser im Besitz der Hafenrand GmbH sind, steht die Option der Räumung oder sie dient als Druck- oder Disziplinierungsmittel. Dies könnte die Beendigung des Projekts Hafenstrasse mit anderen (als "rechtsstaatlichen") Mitteln bedeuten.

Die Antwort

Das Plenum der BewohnerInnen der Hafenstrasse antwortete in einem Flugblatt vom 25.3.94 auf Voscherau:

"(...) Nach 12 Jahren der verschiedensten Verträge mit dem Senat wollen wir jetzt die Selbstverwaltung. Uns reicht die Geschichte von ungesicherten Verhältnissen mit Räumungsversuchen, Polizeiüberfällen, Prozeßlawinen und Knebelverträgen. Das Mietrecht ist immer dazu benutzt worden, uns zu maßregeln, kleinzukriegen und zu vertreiben. Unsere Ideen und Energien haben weitergehende Ziele als die ständige Abwehr einer drohenden Räumung. Deswegen kann es keine neue Vertragskonstruktion mit dem Senat als Eigentümer geben. (...) Wir wollen eine gesellschaftliche Trägerschaft der Häuser. Wir wollen , daß die Genossenschaft "St.Pauli Hafenstrasse", in der sich mehr als 650 Menschen zusammengefunden haben, die Häuser und die dazwischen liegenden Freiflächen überschrieben bekommt, und wir wollen sie unter diesem Dach selber verwalten. Dazu gehört, daß die Verträge mit den Versorgungsunternehmen auf die Genossenschaft überschrieben werden; dazu gehört auch, daß wir ein Sanierungskonzept nach unseren Bedürfnissen erarbeiten und umsetzen. (...) Sie knüpfen an unsere Zukunft Bedingungen. Eventuell sollen wir bleiben können, sagen Sie, wenn wir das staatlich verordnete Neubauprojekt der Hafenrand GmbH auf der Freifläche neben unseren Häusern hinnehmen. *'Die Pläne sind da, und sie sind gut'*, sagen Sie, *'gut für St.Pauli-Süd'*. (...)"

Baubeginn am 11.4.

Mit der Errichtung eines festungsartigen Bauzauns um die Freifläche am 11.4, kristallisiert sich zunehmend heraus, daß der Senat in der Frage der Neubebauung unerbittlich bleiben wird. Ähnlich wie bei der Bebauung des Floraparks spielt der Senat sozialen Wohnungsbau gegen die von den Menschen in St.Pauli-Süd selbst entwickelten Konzepte (hier: sozialer Wohnungsbau plus soziale Einrichtungen) aus. Sogar einige Rosinen aus dem Konzept der Genossenschaft "St.Pauli Hafenstrasse" pickte sich der Senat heraus, um sie dann noch als eigene Ideen zu verkaufen: Die Errichtung einer Kita war in den ursprünglichen Plänen der Hafenrand GmbH nicht vorgesehen.

Der Wettlauf mit der Zeit scheint bis jetzt zu Ungunsten der Genossenschaftspläne ausgegangen zu sein. Die Forderung der Vollversammlung der Genossenschaft "St.Pauli Hafenstraße" vom 25.3. und der Stadtteilkonferenz St.Pauli-Süd vom 11.4 nach einem Moratorium - d.h. Baustopp für zwei Monate und gleichberechtigten,

konstruktiven Dialog mit den Entscheidungsträgern - stieß bis jetzt auf taube Ohren bei den Verantwortlichen. Ihre in Strategiepapieren von sich selbst geforderte Dialogbereitschaft und Beteiligung der BürgerInnen an Planungsprozessen wird in St.Pauli-Süd ad absurdum geführt:

- auf die Einladung zur zweiten Stadtteilkonferenz wurde nicht reagiert.
- mit dem Baubeginn werden vollendete Tatsachen geschaffen

Wie stellt sich der Senat eigentlich Dialog und BürgerInnenbeteiligung vor, wenn er es nicht einmal für notwendig hält, auf eine Einladung zu einer Konferenz zu reagieren, auf deren konstituierender Sitzung am 30.3 VertreterInnen sämtlicher gesellschaftlicher Gruppen aus St.Pauli-Süd anwesend waren. Konkret:
Gemeinwesenarbeit St.Pauli-Süd, Nachbarschaftsheim Silbersackstr., Bücherhalle Trommelstr., Aizan für Mädchen, Stay Alive, Verein Kinderhaus am Pinnasberg, Schule Friedrichstr., Hafenrandverein, St.Pauli-Praxis Dr. Garweg, Interval - Altenbetreuung, Kirchengemeinde St.Pauli-Süd, Kirchengemeinde St.Pauli-Nord, Genossenschaft "St.Pauli Hafenstraße". Außerdem nahmen teil: Stattbau Hamburg, St.Pauli Museum, St.Pauli Archiv, Fanladen FC St.Pauli, Mieter helfen Mietern und als Gäste: Peter Erler - Vorsitzender der Architektenkammer, Ullrich Podzuweit - Autor des Sozialatlas Hamburg, GAL u.v.a.m..
In Abwesenheit verantwortlicher PolitikerInnen beschloß die Stadtteilkonferenz, das alternative Bauprojekt der Genossenschaft "St.Pauli Hafenstraße" zu befürworten, weil "es von und mit allen sozialen Einrichtungen und vielen BewohnerInnen des Viertels zusammen entwickelt wurde und den sozialen Gegebenheiten entspricht".
Auch das von der Genossenschaft "St.Pauli Hafenstraße" am Wochenende von 8./9.4 auf der Freifläche errichtete Zelt zur Darstellung der Pläne und Nutzungsmöglichkeiten im Neubau, konnte den Senat in seiner starren Haltung nicht beeinflussen. Um einer sinnlosen Konfrontation hinsichtlich des für den 10.4. terminierten Baubeginns aus dem Weg zu gehen, hat die Genossenschaft das eigentlich für eine Woche vorgesehene Zelt am Montag wieder abgebaut.
Auch wenn die Durchsetzung des Bauprojekts der Genossenschaft "St.Pauli Hafenstraße" zur Zeit wenig aussichtsreich erscheint, so ist mit der Gründung der Stadtteilkonferenz St.Pauli-Süd vielleicht ein Plenum geschaffen, das auch weiterhin aktiv in den Entwicklungsprozeß im Stadtteil eingreifen kann. Für das Gebiet schlummern schließlich noch einige Pläne in den Schubladen - Stichwort: Freizeitpark auf DFDS-Gelände, Millerntorbebauung.
Die Zusammensetzung der Stadtteilkonferenz geht weit über das autonome, linksradikale Spektrum hinaus. Vielleicht ergeben sich hier interessante Möglichkeiten, neue Formen politischer Interventionen zu entwickeln.
Und außerdem steht immer noch die Gesamtlösung für die Hafenstrassenhäuser aus. Dafür können von einem breiten, engagierten Forum im Stadtteil entscheidende Impulse ausgehen bzw. wird es für den Senat schwierig, an dieser Konferenz völlig vorbei zu handeln.



Der Senat mit den 3 K's

Krise, Konsolidierung und Kürzung. Von Frankfurter Allgemeine bis zur TAZ sind sich alle einig. In schlechten Zeiten muß gespart werden. Doch wie schlecht die Zeiten wirklich sind und was gespart werden soll lohnt einer genaueren Betrachtung.

Die Krise

Es ist ja nichts Neues, daß gerade in so genannten Krisenzeiten nicht alle in einem Boot sitzen. Auch in der Krise werden Gewinne gemacht. Nur handelt es sich nicht in erster Linie um Unternehmergewinne, sondern um Vermögensgewinne. 1992 haben BRD- Unternehmen in Vergleich zum Vorjahr rund 8 Mrd weniger Erlöse gemacht. Andererseits sind im selben Jahr die Kapitalerträge, z.B. Zinsen, um 18 Mrd gestiegen.

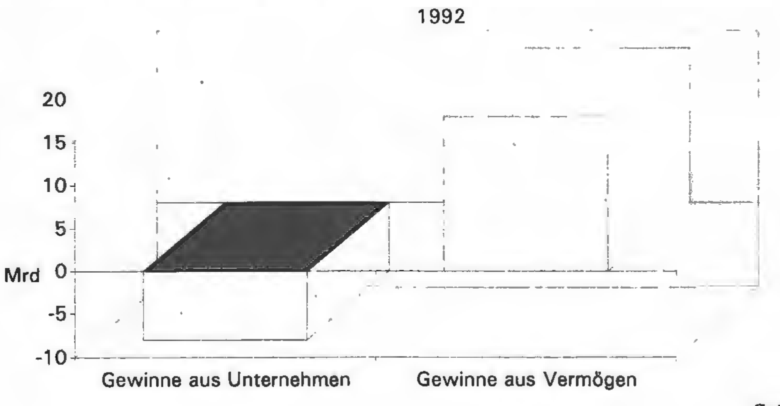
Die Liquidität liegt inzwischen bei über 600 Mrd DM. Trotz aller Spardiskussion fehlt es nicht am Geld. Das Geld ist nur an den falschen Stellen angelegt. Nun ist es ja nicht so, daß die Privatwirtschaft mit diesem Zustand zufrieden wäre. Die Unternehmen weltweit suchen händeringend nach sicheren und gewinnbringenden Investitionsmöglichkeiten.

Krise heißt: *"Investitionen müssen sich wieder lohnen"*

"Die aktuellen konjunkturellen Probleme haben die Situation (des Hamburger Haushalts) lediglich zugespitzt. Die Wirtschaft hat auf die bedrohlichen strukturellen Haushaltsprobleme bereits Ende der achtziger Jahre hingewiesen. Das bisher Versäumte muß nun in um so drastischer Weise nachgeholt werden....Die Verschuldung der Stadt muß deutlich gesenkt werden, um dadurch die künftigen Zinslasten entscheidend zu reduzieren....Alle Leistungen der Stadt sollen auf ihre Privatisierbarkeit hin überprüft werden." Hamburger Wirtschaft 4/94 Was hier im Zentralorgan der Handelskammer zu lesen ist, könnte leichter verständlich so formuliert werden:



Wir, die Privatwirtschaft, gehen davon aus, daß die "öffentliche Hand" nicht mehr in der Lage ist, weiterhin hohe Zinsen an uns, die Kapitalwirtschaft, zu zahlen. Weil wir aber nicht wissen, wo wir am gewinnbringendsten investieren können, fordern wir den Staat auf, für neue Märkte zu sorgen. Im kommunalen Bereich, wie z.B. Hamburg, ist es am einfachsten, wenn möglichst viele Leistungen der Stadt privatisiert würden.



Die Konsolidierung

"Die psychischen und physischen Anpassungs- und Koordinationsleistungen der Menschen an die Vorgaben des Systems werden als selbstverständlich vorausgesetzt." (G. Gamm über Subjektivität in der modernen Gesellschaft) Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen "Krisensituation" sind mehr oder weniger tiefgreifende Veränderungen in Gang gesetzt worden. Interessant sind an dieser Stelle einige Veränderungen zwischen 1993 und 1994 im Bundeshaushalt. Demnach gab es Steigerungen in Bereich Bauwesen (32%), Verkehr (22%), Schuldentilgung (11%), Auswärtiges Amt (5,7%) und "Verteidigungslasten" (4%). Im Verhältnis dazu kam es zu folgenden Kürzungen: Gesundheit (-20%), Post (-16%), Frauen/Jugend (-9%), Familie/Senioren (-5%). Ohne nennerswerte werte Veränderung blieben Verteidigung (trotz "Truppenreduzierung"), Inneres, Arbeit und Soziales. In diesem Bereich, Arbeit u. Sozialordnung, sind in den letzten Jahren u.a. durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit die Finanzbedarfe stark gestiegen, somit muß bei gleichbleibendem Etat von einer Verringerung der Leistung für die Betroffenen ausgegangen werden.
Unterm Strich fallen weiterhin 57 Mrd an Zinsen allein für Bundeskredite an. Gleichzeitig werden "Investitionsanreize" bei Verkehr, Hochbau und Rüstung finanziert. Für diese Mehrausgaben fehlt natürlich das Geld. Unter dem Stichwort Konsolidierung ist eine *Anpassungs- und Koordinationsleistung entsprechend der Vorgaben des Systems* zu erbringen. Dieser Zwang wird für alle gesellschaftlichen Ebenen als "Sachzwang" formuliert. Auch wenn die Lebensqualität für Alle an vielen Stellen verbessert werden muß, werden konkrete Forderungen entweder erst gar nicht gestellt, oder als antiquiert idealistisch abgetan. Es herrscht die Sparwut!

Die Kürzung

"Die Kooperationspartner (SPD u. Statt-Partei) haben u.a. vereinbart, noch im Haushalt 1994 ein Volumen von 300 Mio. DM einzusparen." Es ist sicher keine Überraschung, wenn auch in Hamburg diese *Einsparungen* oder besser gesagt Kürzungen fast ausschließlich zu Lasten der Nicht-Wohlhabenden gehen sollen. Dennoch sind vielen die Konsequenzen der geplanten Einschnitte nicht bewußt. Über 54 Mio. allein bei Schule, Jugend, Berufsbildung und Arbeit, Gesundheit, Soziales. Auch der soziale Wohnungsbau soll von Kürzungen nicht verschont bleiben. Beim Bafög sind 15 Mio weniger geplant. Konkret verbergen sich hinter diesen Zahlen Kürzungen von A wie AIDS Hilfe bis Z wie Zentrum für internationale Begegnungen Allein im Komitee "Armes Hamburg" sind über 100 Einrichtungen vertreten, die direkt von Kürzungen betroffen sind. Sicher ist es nicht sonderlich spektakulär, wenn hier und da eine Einrichtung geschlossen wird oder Schlafplätze für Obdachlose gestrichen werden. Spektakulärer und erfreulicher ist dann schon die Auflösung der menschenrechtsverletzenden E-Schicht der Polizei. Leider ist dies Beispiel für "bürgernahe" Kürzung nur eine Ausnahme. In der Presse wird der Eindruck erweckt , als würde die halbe Hamburger Polizei aufgelöst. Dem ist nicht so. Von den 300 Mio. die 94 gekürzt werden sollen hat die Innenbehörde nur einen Anteil von 13 Mio.(4,3%). Von diesen 13 Mio. gehen rund 4 Mio. zu Lasten der Feuerwehr, der größte Teil wird durch aufschieben von baulichen Maßnahmen eingespart. Die laufenden Kosten der Polizei sollen lediglich um 500 Tdm. gekürzt werden. Zum Vergleich aus dem Senatsentwurf: *"Position 4540 684.61 Zuschüsse an Vereine (Drogen und Sucht) minus 630 tausd."*

Die Konflikte

"Die Verdrossenheit gegenüber denen da oben, die Entscheidungen über Lebenswelten fällen, die sie nie gekannt haben und auch nicht kennenlernen werden, wird immer größer." (Zitat aus "Die solidarische Stadt" M. Alisch, J. Dangschat) Diese Einschätzung von soziologischer Seite ist sicher nichts Neues. Sicher ist aber auch, daß sich die Konflikte, die aus dieser *Verdrossenheit* erwachsen, verändern. Jedoch ist die Einschätzung, daß die oben beschriebene Sparwut sozusagen automatisch zur weiteren Zunahme von Gewalt, sprich rechten Terror führt, voreilig. Hinter dieser Befürchtung steht die Annahme, daß gerade die von der wohlhabenden Gesellschaft ausgegrenzten Menschen faschistischen Ideologien gegenüber besonders aufgeschlossen sind. Menschen, die in dieser Gesellschaft finanziell nicht in den Rahmen passen, unterscheiden sich im politischen Tun und Denken wohl kaum vom wohlhabenden Rest. Die Schließung von Einrichtungen wie Bauspielplätzen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Drogenberatungsstellen führt nicht zwangsläufig zum "Rechtsruck". Das verhängnisvolle an der herrschenden Sparwut ist die weitere Durchsetzung des Leistungsprinzips. Staatliche Leistungen können nur noch mit einer entsprechenden Gegenleistung in Anspruch genommen werden. Zur Zeit entwickeln die drei großen Hamburger Vereine der beruflichen Qualifizierung ein neues Konzept mit dem Ziel, BezieherInnen von Sozialhilfe zu Niedriglohnarbeiten heran zuziehen. Ähnliche Vorhaben führten in Spanien oder Frankreich zu handfesten Konflikten mit der Obrigkeit und mußten z.T. zurückgenommen werden. Hier zulande wird unter dem Beifall vieler "ArbeitnehmerInnen" aus dem Recht auf Arbeit eine Arbeitspflicht.
Wahrscheinlich wird es eine Zeit dauern, bis klarer wird, zu welchen neuen Konflikten die Krise und die damit legitimierte Kürzungspolitik führt. Wichtig für eine Einschätzung ist aber nicht, <u>wer</u> sondern <u>was</u> Hintergrund der veränderten Konflikte ist.
Bleibt die Frage, in wie weit antikapitalistische Ideen bei diesen neuen Konflikten einfliessen, denn nach wie vor werden auch in der Krise Gewinne gemacht.

An alle Mieter!

Jetzt können Sie endlich wählen: zwischen Mieterhöhung und Kündigung



Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut

Sabotiert die Zwangsarbeit

Sabotiert die Zwangsarbeit

Bundesarbeitsgruppen (BAG) der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut

Der Zusammenbruch der sog. sozialistischen Länder läßt das kapitalistische System heute weltweit als "Sieger" und einzig sinnvolle Form gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen. Es gibt keine größeren Regionen, keine bedeutenden Wirtschaftsbereiche, keine Märkte mehr, die vom Einfluß kapitalistischer Wirtschaftsweise unabhängig wären. Das Profitinteresse des Kapitals ist kennzeichnend für die Entwicklung in dieser Welt. Die imperialistisch-patriarchale Herrschaftsstruktur durchdringt alle Gesellschaften und Lebensbereiche.

In der EG hat Deutschland heute die ökonomisch-politische Führungsrolle. Der Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht ist damit im dritten Anlauf erreicht, nachdem in diesem Jahrhundert imperialistische Bestrebungen mit militärischen Mitteln zweimal gescheitert sind. Um diese Vormachtstellung zu sichern und weiter ausbauen zu können, begann in den letzten Jahren eine Offensive von Staat und Kapital, die weiterhin das Ziel verfolgt, die Profite durch Rationalisierungen und den technologischen Vorsprung zu erhöhen. Als besonders geeignet hierfür erscheinen den Multis die Neuen Technologien, z.B. Mikroelektronik, neue Werkstoffe, Raumfahrt, Gen- und Biotechnologie. Die Investitionen in diese Wirtschaftsbereiche schaffen nur wenig, vernichten aber viele Arbeitsplätze. Diese Entwicklung, zusammen mit einer staatlich organisierten Krisenstrategie, die hauptsächlich die Ärmsten der Bevölkerung belastet, bewirkte, daß der Lebensstandard für viele Menschen massiv eingeschränkt wurde.



Wir fordern, gegen die schleichende Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht breiten Widerstand zu leisten.

Seit Jahren konnte, ohne größere Proteste, eine Umverteilung von unten nach oben vorangetrieben werden. Um auch weiterhin den "sozialen Frieden" aufrecht erhalten zu können, wird ein "nationaler Konsens" beschworen. Das "Solidarpack" von Regierung, Bundesbank und allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen will "die Nation" zur inneren und sozialen Einheit führen. Nach dem Strickmuster der "Asyldebatte" wird Haß gegen jene gesellschaftlichen Gruppen geschürt, die für den ökonomischen Verwertungsprozeß überflüssig geworden sind. Im Stil eines autoritären Populismus werden Ängste gegen bestimmte Gruppen geschürt, um Loyalität gegenüber den Machtträgern zu erzeugen und repressive Maßnahmen durchzusetzen (Asylgesetz, Lauschangriff, usw.). Armut und Verelendung werden als "fehlende Leistungsbereitschaft" oder "selbstverschuldetes Fehlverhalten" erklärt. Die von Armut Betroffenen werden als "bedürftige Betrüger" abgestempelt, die sich in der "sozialen Hängematte" ausruhen; aus Opfern werden Täter gemacht.

Die Debatte über "Sozialmißbrauch" verdeckt die rapide Verelendung breiter Bevölkerungskreise und bereitet gleichzeitig ideologisch weitere Angriffe auf deren Existenzgrundlage vor. Immer mehr Menschen werden durch Armut und Obdachlosigkeit aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

Vier Millionen Menschen erhalten Sozialhilfe, 150.000 Frauen und Männer müssen auf der Straße leben, 800.000 Menschen hausen in Notunterkünften, einer weiteren Million droht der Verlust der Wohnung.

Täglich werden 2.000 Arbeitsplätze abgebaut. Vereinigtes neues Deutschland heißt heute: Arbeitslosigkeit in der Dimension der Weimarer Republik, Arbeitslöhne unterhalb der Armutsgrenze, Herabsetzung der Armutsgrenze, Altersarmut, Kinderarbeit und Kinderarmut, Obdachlosigkeit, Mangelernährung und soziale Perspektivlosigkeit.

Der wachsenden Armut steht steigender Wohlstand gegenüber. In der zeit von 1982 - 1992 stiegen die Unternehmergewinne um 157%. So hat es 1992 allein in Werten ein liquides Unternehmensvermögen von ca. 800 Mrd. DM.

1991 verfügt ein (1) Prozent der Privathaushalte über 14% (476 Mrd.) des gesamten Geldvermögens, die nächsten 10% hielten über die Hälfte (1,7 Billionen), und weitere 39% ein Drittel (1,156 B Billionen). Das ist die reiche Hälfte der Privathaushalte. Auf die andere, also unsereins, entfielen dagegen nur knapp 2% (68 Mrd.!) des Vermögens.

Die Schaffung dieses Vermögens basiert hauptsächlich auf der weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur. Dieser Raubbau hat zur Folge, daß das lebensnotwendige ökologische Gleichgewicht der Welt und damit die für die Menschen lebensnotwendigen, ökologischen Grundlagen zerstört werden.

Aber zugleich gelten die Menschen in dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nur als Arbeitskräfte. Nicht das Leben der Menschen ist Zweck von Produktion und Verteilung, sondern "das Wachstum". Es zu mehren ist Lebenssinn und Daseinsberechtigung: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen".

Eine "logische Folge" dieser Entwicklung ist die Einführung der sog. gemeinnützigen Arbeit, die wir Zwangsarbeit nennen. SozialhilfebezieherInnen werden zu Arbeiten im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Müllbeseitigung, in Schwimmbädern etc. herangezogen. Auch die sogenannten Gemeinschaftsarbeiten für BezieherInnen von Arbeitslosengeld und -hilfe, wie sie die Bundesregierung momentan plant, gehören dazu.

Es handelt sich dabei um zwei Formen, die praktiziert werden:

a) Arbeiten ohne Arbeitsvertrag für eine sogenannte Mehraufwandsentschädigung zwischen 1 und 4 DM pro Stunde zusätzlich zur Sozialhilfe.

b) Arbeiten mit Arbeitsverträgen in Anlehnung an geltende Tarifverträge, wobei in vielen Fällen die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen noch unterschritten werden. Oft werden die betroffenen Sozialhilfeberechtigten unter Androhung der Kürzung ihrer Sozialhilfebezüge in die Arbeitsverhältnisse gezwungen. Dies trifft deutsche SozialhilfebeziehrInnen ebenso wie MigrantInnen und Flüchtlinge.

Schluß mit der Ausbeutung von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen, von Gefangenen, Zivildienstleistenden, Behinderten, MigrantInnen und Flüchtlingen

Zwangsarbeitsdienste und ökonomische Krise stehen in direktem Zusammenhang. Immer dann, wenn verstärkt ZwangsarbeiterInnen zu sog. gemeinnützigen Arbeiten verpflichtet wurden, befand sich die deutsche Industrie in tiefen Schwierigkeiten. Der Versuch einer Krisenbewältigung war vor 60 Jahren nicht anders als heute. Erst wird den Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen Mißbrauch von Versicherungs- und Sozialgeldern vorgeworfen, dann werden die geringen Lohnersatzleistungen noch weiter gekürzt und ein Teil der Betroffenen mit Zwangsarbeit drangsaliert. Erwerbslose sollen mit differenzierten Angeboten, von "gemeinnützigen" Tätigkeiten bis zu untertariflich bezahlten und zeitlich befristeten Verträgen in "Arbeit statt Sozialhilfe"-Projekten überprüft und ausgesiebt werden. Wer sich wehrt und auf einen tariflich bezahlten, seinen Fähigkeiten entsprechenden und unbefristeten Arbeitsplatz besteht, gilt als arbeitsunwillig, ohne Anspruch auf weitere soziale Leistungen. Aber auch innerhalb der Betroffenen fördern solcherart abgestufte Angebote die Akzeptanz von Zwangsarbeitsmaßnahmen. Dort, wo ehemalige SozialhilfebezieherInnen in kommunalen Werkstätten usw. tätig sind, setzt sich in nicht wenigen Fällen die Auffassung durch, wer Sozialleistungen erhält, soll auch dafür arbeiten, ohne nach dem Sinn und Zweck dieser Arbeit zu fragen. Ziel der staatlichen Zwangsarbeitsoffensive ist es, den gemeinsamen Widerstand aller Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen zu verhindern bei gleichzeitiger Einsparung von Lohnersatzleistungen durch den Ausschluß potentieller SozialhilfebezieherInnen, die sich einem Arbeitszwang nicht unterwerfen wollen.

Über die "Pflicht" zur Zwangsarbeit soll versucht werden, bestehende tarifliche und gesetzliche Mindeststandards auf breiter Basis auszuhöhlen, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, reguläre Arbeitsplätze abzubauen, diese Tätigkeiten dann von ZwangsarbeiterInnen ausführen zu lassen und damit die kommunalen Haushalte finanziell stark zu entlasten. Diese Strategie der Arbeitsplatzvernichtung und Profitmaximierung könnte schon bald auch in Produktion und Verwaltung der Privatwirtschaft angewendet werden, wenn wir nicht genügend Widerstand entwickeln und ihn organisieren.

Die hier skizzierte Entwicklung beschränkt sich nicht allein auf Deutschland. Die Herrschenden versuchen, in ganz Europa die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen, die sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung abzubauen, staatliche Unterstützung mit dem Zwang zur Arbeit zu verbinden.



Das Wissen über die Situation in Kurdistan setzen wir als bekannt voraus. Die Notwendigkeit internationaler Solidarität und des Vorgehens gegen NATO-Strategen, Kriegsgewinnler und rassistische Abschiebepraxis ebenfalls.

Hier in Hamburg gibt es natürlich viele Punkte, gegen die sich unser Protest und Widerstand diesbezüglich richten sollte.

Nehmen wir z.B. den Flughafen Fuhlsbüttel:

Täglich starten von hier deutsche Touristen, um sich im sonnigen und billigen Antalya mal so richtig vom kapitalistischen Alltag zu erholen. Dem türkischen Regime bringt dies Deviseneinnahmen von jährlich ca. 3,3 Milliarden US-Dollar.

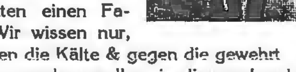
Hauptsächlich Freitags werden von hier Flüchtlinge - unter ihnen viele KurdInnen - in ihre "Heimatländer" abgeschoben, wo sie in der Regel von Verfolgung, Folter und Tod bedroht sind.

Grund genug denken wir, hier zumindest einmal laut zu sagen, was ist:

Kundgebung
Flughafen Fuhlsbüttel
Freitag 27.05.94
(Uhrzeit bitte der Tagespresse entnehmen)

Kein Urlaub im Kriegsland Türkei - Tourismusboykott
Stoppt die Abschiebung der Flüchtlinge

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.



Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker; Stichwort: "Antifa"
KtoNr: 240 297 679; Sparkasse Berlin; BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen,
c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin



WILDE MÄNNER IN HAMBURG

Ist es o.k., ein Mann zu sein? Unter dieser Fragestellung sollte am Mittwoch, den 20.04.1994 im monsun-Theater ein Vortrag des Gurus der Neuen Männerbewegung John Bellicchi stattfinden - nur für Männer, versteht sich.
Die Veranstaltung für Frauen stand für Freitag, den 22.04.1994 auf dem Programm.

Männer sind dafür gemacht, männlich zu sein. Ein Mann sollte sich seine weiblichen Qualitäten nicht als Ersatz für seine Männlichkeit aneignen, sondern als etwas, das ihn als Mann vervollkommnet. (...) Das Beste, was ein Mann der Welt zu geben hat, ist seine spirituelle Potenz, seine Fähigkeit zu inspirieren, zu animieren, zu befruchten, etwas zu erzeugen.
Mit dieser Botschaft warben die Veranstalter aus Zürich für die Veranstaltung am Mittwoch.
Welcher Mann fühlt sich ob solch poetischer Worte nicht geschmeichelt?

Ganz anders das Motto für die Veranstaltung am Freitag: ***Einsicht in männliche Realitäten.***
Frauen versuchen stets Männer zu verändern - nicht selten ohne den gewünschten Erfolg.(...) Es fällt ihr (der Frau, d.A.) schwer, Dinge so zu akzeptieren, wie sie sind. Männer brauchen hierarchische Strukturen. Für viele Frauen ist diese Tatsache (!) jedoch schwer zu akzeptieren, weil sie nicht ihrem Wesen entspricht.

Seine Botschaft als "Beziehungsberater" und Pseudotherapeut ist eindeutig. Männer müssen zu ihrer Männlichkeit stehen, ihre Stärke und Kraft wiederentdecken und diese auch ausleben. Die Frauen sollen sie daran nicht hindern, sollen sich unterordnen, Männer akzeptieren, wie sie sind und sich auf ihre Rolle als Unterstützerin besinnen.
Doch Bellicchi beläßt es nicht bei traditionellen Rollenzuweisungen und deren biologistischer Untermauerung. In seinen work-shops propagiert er öffentlich und unverblümt sexuelle Gewalt gegen Frauen.
Auf dem bundesweiten Männertreffen '93 in Darmstadt zeigte der Propagandist und Wortführer der "wild men" -Bewegung in Deutschland einen seiner Arbeitsfilme. Der Männerbuch-Autor Wilfried Wieck beschreibt den Ablauf folgendermaßen:
Der Film zeigt etwa fünfzehn Männer und zehn Frauen, fünfzig Minuten lang. Drei der Frauen haben sich "eigenmächtig" auf Stühle gesetzt, die Bellicchi ihnen nicht angeboten hatte, saßen nun auf Sesseln, etwas bequemer. Eine Frau wird von Bellicchi angesprochen:"Du sitzt da im Stuhl, wie wenn Du mich empfangen willst. Willst Du mich und die Gruppe beleidigen?" (...)
Er sagte der Frau noch folgendes:"(...) Du hast Kraft und benutzt sie nicht. Meine Aufgabe ist nicht, Mitleidsfeste zu feiern, wir brauchen keine Samariter. Ein Mann muß die Kraft haben, Frauen zu verletzen, Männer werden von Frauen auch verletzt. Ich muß die Barrieren der Frau durchbrechen, ich muß schneiden. Eine Frau mit Kraft kann hundert Männer haben, die vor ihr auf den Knieen liegen. Sie muß bluten... Er muß durchschneiden, penetrieren, seine Kraft zeigen."
Dies ist ein pseudo-therapeutisch verpackter Aufruf zur Gewalt gegen Frauen, zumindest deren Legitimation.
Gefährlich werden seine Aussagen durch ihre politisierte biologistische Komponente. Männliche Gewaltanteile sind etwas *Natürliches*, Männer und Frauen müssen diese *Tatsache* endlich akzeptieren. Die Neue Rechte läßt grüßen.

Erfolgreich Verhinderung der beiden Veranstaltungen in Hamburg

Am Mittwoch Abend fanden sich ca. 30 Männer vor dem monsun -Theater in Altona ein. Trotz gezielter Desinformationspolitik der monsun-Betreiber brachten die Männer innerhalb kurzer Zeit in Erfahrung, daß die Veranstaltung nicht am geplanten Ort, sondern im Haus 3 stattfinden soll. Die monsun-Betreiber hatten offensichtlich Angst um ihre Räumlichkeiten, inhaltliche Schwierigkeiten mit der Argumentation Bellicchis hatten sie nicht.
Nach Ortswechsel zum Haus 3 wurden die Eingänge mit großen Transparenten blockiert. Mit Flugblättern wurden die Veranstaltungsbesucher über Bellicchi, die Neue Männerbewegung und den Grund der Blockade informiert. Das geringste Verständnis für die Verhinderung der Veranstaltung zeigten allerdings die Leute vom Haus 3. Die Athmosphäre war zeitweilig sehr angespannt.
Nach erfolglosen Versuchen, in die Räume zu gelangen, entschied sich John Bellicchi, seinen Vortrag im Freien zu halten. Die beträchtliche Lärmentwicklung verurteilte diesen Versuch zum Scheitern. Wie aus der taz zu erfahren war, trafen sich Bellicchi und einige wenige unermüdliche nach Auflösung der Gruppen vor dem Haus 3 in einer Privatwohnung. Das Haus 3 signalisierte im Anschluß die Bereitschaft zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung um Bellicchi/Neue Männerbewegung und die gewählte Aktionsform.
Da den Veranstaltern die Eintrittskasse abhanden gekommen ist, hat ein Frauenprojekt gegen Männergewalt nun etwas mehr Geld.
Die Aktion wurde von den blockierenden Männern als voller Erfolg gewertet.

Nicht so glimpflig ging es am Freitag im monsun -Theater zu, als ca. 20 Frauen aus verschiedenen Zusammenhängen geschlossen in die schon laufende Veranstaltung -sie fand trotz aller Beteuerungen der Betreiber des monsuns wieder in diesen Räumlichkeiten statt-eindrangen. Sie umstellten Bellicchi und versuchten ihn mit lautem Rufen und sanftem Druck aus dem Raum zu bewegen. Das Verhalten der ca. 40 Frauen, die die Veranstaltung besuchten, war zum Teil sehr aggressiv, zum Teil grotesk esoterisch. Einige machten sich sogar die Mühe, den Störerinnen durch om-Laute ihre negative Energie zu entziehen, allerdings mit geringem Erfolg.
Nach ca. einer Stunde wurden alle 20 Frauen von einem unangemessen wirkenden Bullenaufgebot einzeln und zum Teil in Handschellen abgeführt. Auf verschiedenen Wachen wurden die Personalien festgestellt, einzelne Frauen fotografiert. Sie rechnen mit einer Anzeige des monsuns wegen Hausfriedensbruchs und angeblicher Sachbeschädigung und einer Anzeige des großen Gurus wegen Nötigung. Ob ihm das in Zukunft mehr Erfolg bei seinen Vorträgen beschert, sei dahingestellt.
Die Frauen bewerten ihre Verhinderungsaktion als vollen Erfolg. Eine Veranstaltung in anderen Räumlichkeiten fand nicht mehr statt.



Hamburger Delegationen in Kurdistan

Zum Newroz-Fest, dem kurdischen Neujahrsfest, und den türkischen Kommunalwahlen fuhren zwischen dem 19. und 29. März zwei Hamburger Delegationen als BeobachterInnengruppen nach Kurdistan. Im folgenden Text werden die Eindrücke, Kontakte und Tendenzen des Befreiungskampfes geschildert, wie sie während der Reise im bestzten Kurdistan wahrgenommen wurden.

Batman und Umgebung

Die Stadt Batman liegt im Südosten der Türkei, knapp einhundert Kilometer östlich von Diyarbakir, der wohl bekanntesten Stadt Kurdistans. Die irakische Grenze ist nah - auch nach Syrien und Armenien wäre es nicht allzu weit - wäre da nicht der Krieg.

Batman ist eine häßliche Stadt. Mehrstöckige Stahlbetonhäuser prägen das Stadtbild, viele Straßen sind unbefestigt, viele Gebäude verlassen und verfallen. Die Stadt lebt vom Erdöl, wird von der riesigen Raffinerie mitten im Stadtgebiet beherrscht. Die Eisenbahnlinie teilt die Stadt in zwei Hälften. Die Arbeitslosigkeit ist wie in allen anderen kurdischen Provinzen sehr groß.

Offiziell leben hier rund 150 000 Menschen, doch die Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren fast verdoppelt. Flüchtlinge aus den ländlichen Gebieten Kurdistans, Menschen, deren Dörfer und Äcker vom Militär zerstört wurden, haben sich in einem dichten Ring um die Stadt angesiedelt - in Zelten, baufälligen Hütten und Baracken, ohne Wasser, Strom und Kanalisation. Gezählt oder gar registriert hat sie noch niemand, der türkischen Verwaltung sind diese Menschen egal.

Allein in der letzten vier Monaten wurden rund um Batman fast 200 Dörfer vernichtet. Vernichtet heißt: von Miltärs besetzt, geräumt und zerstört. Wer nicht mit dem Militär oder den Dorfschützern, das sind pro-türkischen paramilitärischen Siedlergruppen, kollaborieren will, muß sterben oder gehen.



Türkischer Soldat mit dt. G-3 Sturmgewehr (Heckler+Koch) bei der Besetzung eines kurdischen Dorfes in der Region Batman (Foto: A.Herzau/Signum)

80 000 Menschen sind deshalb jetzt neu nach Batman gezogen, und die "Säuberungen" der türkischen Armee gehen weiter.

Batman hat keinen zivilen Flughafen, wer hier mit dem Flugzeug ankommt, landet mitten in einer riesigen Militärbasis. Was bei uns, 24 Hamburgerinnen und Hamburgern, keine besonders guten Gefühle auslöst - schließlich haben wir von den Vorfällen in Van gehört: dort waren 56 Delegationsmitglieder von Militär und Polizei auf dem Flugfeld eigekreist und verprügelt worden. Die "Sicherheitskräfte" wollten die türkischen DolmetscherInnen der Gruppen verhaften. Als das nicht gelang, wurden alle ins Flugzeug zurückgejagt. Zu unserer Erleichterung aber kommen wir problemlos von der Militärbasis in die Stadt.

Allerdings bemerken wir jetzt erst, daß wir seit unserer Zwischenlandung in Ankara unter geheimpolizeilicher Bewachung stehen. Einige ältere Herren, die dort betont "unauffällig" um uns herumgeschlendert waren, entpuppen sich als walkie-talkie-tragende Zivis - für die nächsten 10 Tage werden sie uns nicht mehr aus den Auge lassen.

Batman gilt als die "tödlichste Stadt" Kurdistans. Über 200 Menschen sind im vergangenen Jahr von Todesschwadronen ermordet worden - nachts oder am hellen Tag, in ihren Wohnungen oder auf offener Straße. Die Killer konnten fast immer entkommen, denn die lokale Polizei hat kein Interesse an ihrer Verfolgung. Oft genug nämlich bestehen die Todesschwadrone aus Polizisten und Militärs, die in

ihrer Freizeit Jagd auf politisch unliebsame Menschen machen. Nach Einbruch der Dunkelheit liegt die Stadt wie ausgestorben. Polizei und Militär patroullieren durch die Straßen, Panzerwagen aus Beständen der NVA, der Türkei kostenlos überlassen und nach Aussagen türkischer Politiker niemals in Kurdistan eingesetzt, fahren vor dem Hotel auf und ab.

die Bilanz der vergangenen Monate: 2 hohe Funktionäre von "Petrol Is" wurden im Januar in Batman ermordet, der Vorsitzende der DEP im September '93 auf offener Straße erschossen, von den 21 Bezirksvorsitzenden der Partei sind noch 5 übriggeblieben - vier wurden ermordet, die anderen sitzen im Gefängnis.

allerdings erst am nächsten Tag, die Auflage war dann bereits verkauft. Doch auch das ist in den türkischen Südostprovinzen ein höchst risikoreicher Job, denn dort darf die Zeitung nicht offiziell vertrieben werden. Kinder und Jugendliche tun das im Handverkauf, immer bedroht von Geheimpolizei und Militärstreifen. Ein 18jähriger Verkäufer, berichten uns die Journalisten, ist im Januar in Van mit dem Schlagstock vergewaltigt und vier tage lang gefoltert worden.

"Kontakt unerwünscht"

Wir bekommen die alltägliche Repression in Batman zu spüren: Zivilbeamte hocken in der Hotellobby, verfolgen uns auf Schritt und Tritt. Als wir am zweiten Tag versuchen die Stadt per Miet-Bus zu verlassen, endet die Reise in einer Polizeisperre am Stadtrand. Wir sollen uns durchsuchen lassen, fordern die Herren barsch, Geld und Medikamente vorzeigen und alles in Listen eintragen. Das Ziel des Manövers ist klar: fehlen bei der Abreise D-Mark und Pillen, ist für die türkische Regierung der Beweis erbracht, daß wir damit die Guerilla unterstützt haben. Wir weigern uns, fahren zurück in die Stadt.

"PKK-Sympathisanten" seien wir, wird uns unverblümt erklärt, Leute, die nur Ärger machen und das Image der türkischen Verwaltung beschmutzen. Unsere Proteste bei der deutschen Botschaft bringen auch nicht viel, aber wir lernen einiges über deren politische Sichtweise. Die offiziell anerkannte und legal arbeitende Gewerkschaft "Petrol Is" beispielsweise wird auch in Ankara als "verdächtige" Organisation betrachtet: "tja, wenn Sie dort sind, so die Botschaftsdolmetscherin, dann müssen Sie sich nicht wundern, daß die Polizei ein Auge auf Sie hat".

Wer immer mit uns Kontakt aufnimmt, wird kontrolliert und registriert - ob Parteifunktionär, Gewerkschafter oder Journalist. Die Fahrer unserer Miet-Busse werden von Polizisten bedroht: "mit denen", sagt ein grinsender Beamter, "werden wir uns später noch ganz ausführlich unterhalten". Mitglieder der "DEP", die uns im Hotel



21.3.94: Demonstration am Spritzenplatz in Altona gegen das Verbot der PKK und weiterer kurdischer Organisationen (Foto: M. Meyborg/Signum)

Politische Arbeit von/für KurdInnen in der "demokratischen" Türkei

Wer sich für Menschenrechte und kurdische Autonomie einsetzt, gilt als "Terrorist und Separatist": Funktionäre und Mitglieder der Erdölarbeitergewerkschaft "Petrol Is", Journalisten und Informanten der Zeitung "Özgür Gündem", Rechtsanwälte und Ärzte, Abgeordnete und Mitglieder der "DEP", der pro-kurdischen Demokratiepartei. Leben in Batman heißt für sie, ständig mit dem gewaltsamen Tod rechnen zu müssen, ständig von Geheimpolizei offen bespitzelt und kontrolliert zu werden, ständig mit Verhaftung und Folter konfrontiert zu sein.

In den Gesprächen mit ihnen, zu denen wir "zu unserem eigenen Schutz" immer von Geheimpolizei eskortiert werden, erfahren wir

Die DEP, die nach internen Erhebungen des türkischen Militärs bei wirklich demokratischen Wahlen mit mehr als 40 Prozent der Stimmen in Kurdistan hätte rechnen können, und die in den vergangenen vier Jahren fast 100 Mitglieder durch die Todesschwadrone verloren hat, hat daraufhin die Kommunalwahlen boykottiert.

Über 40 MitarbeiterInnen von "Özgür Gündem" sind verhaftet, verschleppt oder ermordet worden. Ihr "Verbrechen": Berichte über die Vertreibung und Ermordung kurdischer Menschen, über Militäreinsätze, willkürliche Verhaftungen und Folter. Doch es reicht schon aus, kurdisch zu sprechen oder das Wort Kurdistan zu drucken: "Separatismus" nennt das das türkische Recht, wer dagegen verstößt, kann zum Tode verurteilt werden. Seit ihrer Gründung im Mai 1992 wurden 270 Ausgaben der Zeitung aus diesem Grund verboten -

besuchen, werden danach festgenommen und stundenlang verhört, Hotelangestellte drangsaliert und unter Druck gesetzt.

Versuchte Kommunikationsunterbrechung

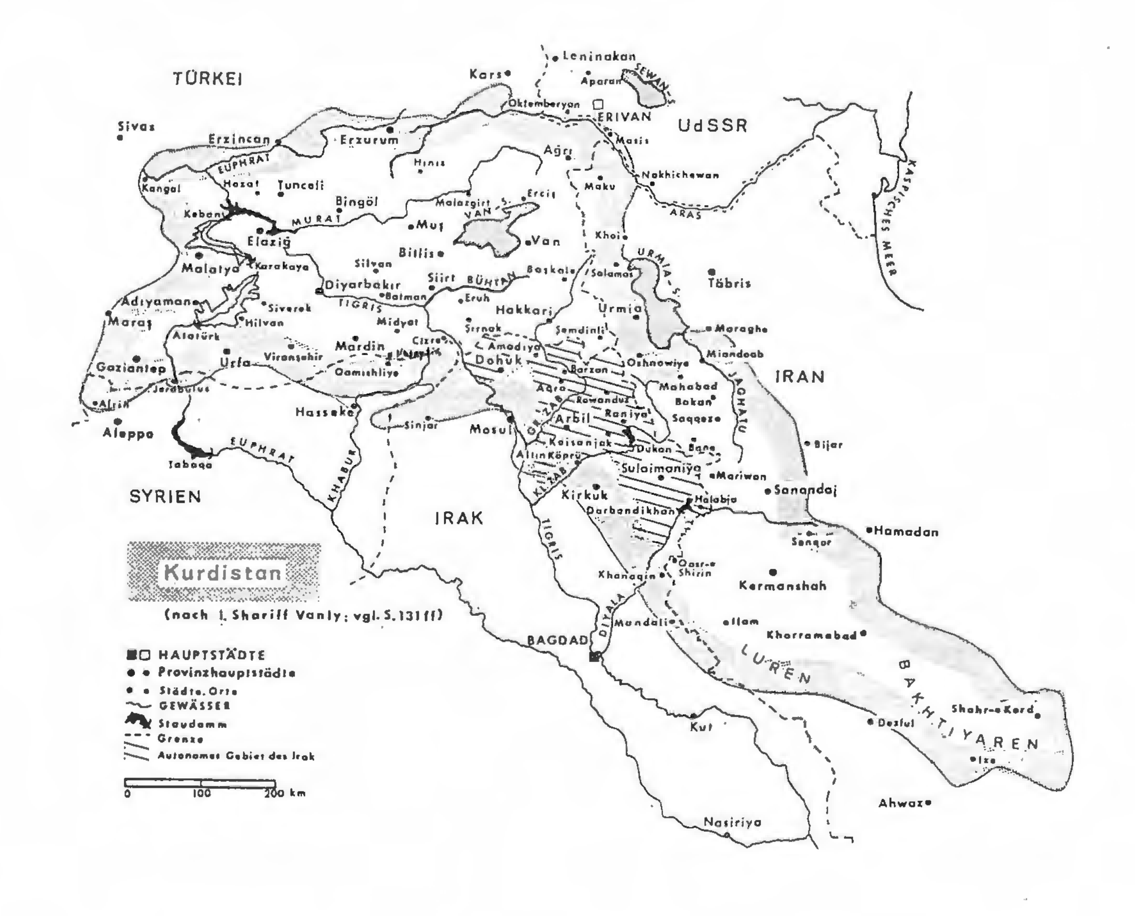
Unsere Dolmetscherin, sie ist türkische Staatsbürgerin, wird vom Ankunftstag an von den Zivilen belagert. Wo sie herkommt, wollen die Herren mit den Walkie-Talkies wissen, wo ihre Familie lebt, und warum sie als "gute Türkin" sich für derartige Jobs hergibt. Dann, am zweiten Tag, der Angriff: in barschem Befehlston die "Einladung" zum Gespräch ins Polizeirevier. Als sie sich weigert, soll sie festgenommen werden. Wir versuchen zu verhandeln, doch die Zivilen lassen nicht mehr mit sich reden. Ergebnis: eine Rangelei, die Dolmetscherin und 17 Mitglieder der Delegation werden unsanft verhaftet.
Drei Stunden wird sie von bis zu 10 Männern verhört, beschimpft, mit Vergewaltigung bedroht. Dann muß sie ein Protokoll unterschreiben und wird freigelassen, mit der Auflage allerdings, sich im Hotel jederzeit für weitere Befragungen zur Verfügung zu halten. Da wir für ihre Sicherheit nicht mehr garantieren können, beschließen wir sie mit einem Delegationsmitglied zum Schutz nach Hamburg zurückzuschicken. Für die Behörden in Batman ein (Teil)Erfolg: die sowieso schon komplizierte Verständigung mit unseren Gesprächspartnern wird noch mehr erschwert. Unsere Dolmetscherin hat bei der Verhaftung eine schwere Nierenprellung erlitten, sie muß für mehrere Wochen krankgeschrieben werden.
Die massive Polizeipräsenz vor unserem Hotel wirkt sich aus: dringend nötige Gespräche mit Ärzten in Batman beispielsweise kommen nicht zustande, zu groß ist deren Angst vor Repressalien.

Praktische Hilfe

Hamburger Gruppen versuchen seit längerem, eine "Städtepartnerschaft von unten" mit Batman aufzubauen, ohne großartige politische Reden, dafür mit praktischer Hilfe und konkreter Unterstützung für die Bevölkerung. Dabei spielt die medizinische Hilfe eine große Rolle, denn Medikamente sind in Kurdistan Mangelware.
Ärzte aber, die zu große Sympathien mit der Bevölkerung zeigen, werden schnell woanders hin versetzt oder mit dem Tod bedroht. Ursprünglich wollten die Hamburger Ärzte eine richtige Notfallambulanz in Batman einrichten, doch die kurdischen Ärzte waren dagegen. Wer von uns, so fragten sie, soll die denn betreiben - neben der täglichen Praxisarbeit und ständig von Militär und Polizei bedroht. Die Befürchtung: unter dem Vorwand der "Unterstützung der Guerilla" könnte die Einrichtung sofort beschlagnahmt werden. Deshalb auch kein Notarztwagen für Batman, jetzt sollen 50 Notfallkoffer angeschafft werden, die sind handlicher.

Newroz

Newroz, das kurdische Neujahrsfest, wurde zumindest offiziell in diesem Jahr in Batman nicht gefeiert. Die PKK hatte dazu aufgerufen, diesmal auf Demonstrationen zu verzichten - aus zwei Gründen: um Massaker des Militärs zu verhindern und gegen die Umarmungspolitik der türkischen Regierung zu protestieren. Ministerpräsidentin Ciller hatte nämlich kurz zuvor angekündigt, ab dem kommenden Jahr Newroz zum türkischen Feiertag zu machen, nach dem Motto: wir haben keine unterdrückten Minderheiten. All die Fernsehbilder von fröhlich tanzenden Menschen in Diyarbakir und anderen Städten waren reine Propaganda - wer da tanzte, war dafür bezahlt, wer anti-kurdische Parolen in die Mikrophone sprach, dafür gedungen worden. Die wenigen Bürgermeister und Abgeordneten, die mittanzten, taten das fürs Fernsehen - um zu demonstrieren, wie toll doch die Bevölkerung hinter ihnen stehe.
Doch tatsächlich standen hinter ihnen Militär und Polizei - zu tausenden waren sie in die kurdischen Provinzen geschafft worden, 150 000 allein in der Woche vor Newroz. Insgesamt eine halbe Million Soldaten, 150 000 Polizisten und fast 60 000 Dorfschützer sorgen im Südosten der Türkei für "Sicherheit und Ordnung". Dort, wo Menschen nicht im offiziellen Sinne feierten, wo Newrozfeuer entzündet und Autonomie gefordert wurden, waren Geheimpolizei und Panzer sofort zur Stelle. Wer festgenommen wurde, dem ging es wie dem jungen Mann aus Batman: er wurde verprügelt, Polizisten brachem ihm die Hand.



Reisen in Kurdistan

Nach lautstarkem Protest beim deutschen Außenministerium gegen Hausarrest und manch andere Schikane konnte unsere Delegation Batman zweimal für Tagestouren verlassen. Reisen in Kurdistan heißt: Polizeikontrollen, Militärkontrollen, zum Teil Polizeibegleitung und das strikte Verbot die Hauptstraßen zu verlassen. Reisen in Kurdistan heißt auch: menschenleere, zerbombte Dörfer links und rechts der Hauptstraßen, überall unbebaute Felder, auf Schritt und Tritt deutsche Panzer. Das Militär hat die Infrastruktur des Landes vernichtet: Fabriken und Mühlen wurden geschlossen oder zerstört, die Gebäude in Kasernen oder Polizeistationen umfunktioniert. Gespräche mit Dorfbewohnern waren kaum möglich, beim ersten Anzeichen von Kontakt gingen Militär oder Polizei sofort dazwischen. Trotzdem gab es immer wieder Zeichen der Freude über die Delegation: Augenzwinkern, zugesteckte Zettel, Zurufe.

Kommunalwahlen

Am Freitag vor den Kommunalwahlen war es dann vorbei mit unserer Reisefreiheit. Uns wurde strenger Hausarrest verordnet, das Hotel von Sicherheitskräften abgeriegelt, die Telefone lahmgelegt. 52 Menschen saßen für zwei Tage fest - nicht einmal mit der Botschaft war Kontakt zu bekommen. Während dieser Zeit fanden die "demokratischen" Wahlen in Batman statt. Wahlen, bei denen die Stimmen erstmals nicht vor Ort, sondern in Militärbasen und Polizeirevieren ausgezählt wurden, bei denen nach rascher Gesetzesänderung Polizisten und Soldaten auch bewaffnet wählen gehen konnten. Wahlen, bei denen Wahlpflicht bestand - die Strafsumme von 1,5 Millionen türkischen Lira scheint für uns Deutsche zwar lächerlich gering zu sein, für Kurden mit Familie aber kommt da schnell ein Monatseinkommen zusammen - Wahlen, für die ganze Dörfer per Lastwagen und unter militärischer Bewachung herangekarrt wurden. Allen Schikanen zum Trotz aber waren die Wahlen in Kurdistan nichts anderes als eine Farce: in Batman boykottierten 40 Prozent der Stimmberechtigten die Wahl, in Diyarbakir gar 60 Prozent.

Ausländische Beobachter, das hatten die türkischen Behörden ja schon dem Europäischen Parlament deutlich gemacht, waren bei dieser Art von "Demokratie" nicht erwünscht. Erst am Sonntagabend, als die Wahllokale schon geschlossen hatten, gelang es deshalb einem Abgesandten der deutschen Botschaft, unsere Hotelhaft zu beenden.

Aus Opfern Täter machen - oder: wie legitimiere ich Waffengeschenke an ein Land ohne Menschenrechte

Bei der Rückkehr nach Hamburg dann die unsägliche "Kurdendebatte". Im Fernsehen ein Bundesinnenminister, der nicht schnell genug das Land "säubern" kann von "Kriminellen" und "Terroristen", für den Autobahnblockaden und berechtigter Protest die Abschiebung in Folter und Tod rechtfertigen, der sich an der Vorstellung eines "gläsernen türkischen Knasts" für Kurden berauscht, alles ganz rechtsstaatlich natürlich. Als ob Herr Kanther und all die anderen Hardliner nicht wüßten, was die Menschen erwartet, die unter dem Etikett "PKK-Sympathisanten" in die Türkei abgeschoben werden. Wir haben mit türkischen und kurdischen Anwälten gesprochen, einige davon waren selbst gerade erst gefoltert worden. Alle haben es uns bestätigt: allein der Verdacht, sich für die kurdische Sache zu engagieren, reicht aus für türkischen Knast, für Folter und Tod. Und wir haben in und um Batman die deutschen Waffen gesehen, Panzer, Unimogs, Hubschrauber und G3-Gewehre, die angeblich nur an den Außengrenzen der Türkei einsetzt werden. Neben der Forderung nach Selbstbestimmung für die Kurden, nach Anerkennung ihrer Sprache, Kultur und Geschichte, kann es also nur eine andere geben: den sofortigen Stopp aller Waffenexporte und jeglicher Wirtschaftshilfe der BRD an die Türkei.



Hoppla, schon wieder türkische Militärs mit dt. G-3 Sturmgewehr
Türkische Soldaten bei einer Strassensperre zwischen Batman und Cicre (Foto: A.Herzau/Signum)

WARUM WIR FÜR DIE LEGALISIERUNG VON HEROIN SIND

Wir haben diesen Text aus einer Broschüre der 'PALETTE e.V.' (PALETTE e.V., Bartelsstraße 12, 20357 Hamburg) verkürzt übernommen. Er stellt einen vorläufigen Abschluß der Diskussion um Legalisierungskonzepte dar, die wir mit der vorletzten Ausgabe begonnen haben. Falls ihr den Text ganz lesen wollt, könnt ihr die Broschüre bei obiger Adresse bestellen. Die "männliche" Schreibweise des Orginals haben wir belassen. Der letzte Absatz des Textes ist eine Zusammenfassung des Abschnitts "Neue Ansätze in der Drogenhilfe" in der Broschüre. Diese Zusammenfassung wurde nicht von uns geschrieben,sondern aus der Radikal Nr.148 übernommen.

Staatliche Drogenpolitik und Freie Drogenhilfe - Eine Bilanz nach 20 Jahren

Die erste "Drogenwelle"

"Mit 60.000 bezifferte NRW's Kultusminister Girgensohn die sog. Hasch-Invaliden in der BRD: Jugendliche zumeist, die vor 2 oder 3 Jahren ihren ersten Joint drehten und die mittlerweile in einem hohen Maße drogenabhängig wurden, daß es bei ihnen zu keiner abgeschloßenen Schul- und Berufsausbildung mehr kommt."
Ein Zitat aus einer Tageszeitung von 1971, das heute unfreiwillig komisch wirkt. Doch damals reagierte die bürgerliche Gesellschaft alamiert und erschreckt auf eine Jugend, die nicht nur durch Drogen auffällig geworden war. Die Studentenbewegung hatte gezeigt, daß die nachwachsene Generation nicht mehr ohne weiteres bereit war, am "Wiederaufbau" und am Verdrängungsprozeß nach dem Nationalsozialismus und dem 2.Weltkrieg teilzunehmen. Drogen wurden zu einem Synonym für Leistungsverweigerung, sexueller Freizügigkeit, Flower-Power, Gammler und Hippies. Um die Jugend vor den Schattenseiten dieser reizvollen Subkultur zu warnen, wurden die Gefahren insbesondere von Haschisch und Marihuana dramatisch übertrieben; die Chance, mit Jugendlichen zu reden, wurde verpaßt.

Heroin (H.) war bis 1972 auf dem BRD-Drogenmarkt nur selten zu finden. Wer härtere Drogen als Haschisch und LSD



suchte, betäubte sich damals mit den vielfältigen Erzeugnissen der Pharmaindustrie (Amphetamine, Barbiturate etc.) die zum Teil zu gefährlichen Mixturen "verschnitten" wurden. Noch war das meiste in den Apotheken zu haben, rezeptfrei oder durch Einbrüche.
Bürger und Politiker waren verunsichert - und reagierten mit einer Verschärfung der Gesetze. Das geltende Opiumgesetz in seiner Fassung von 1934 hatte nicht in erster Linie die Drogenkonsumenten im Visier gehabt und bot zu deren Strafverfolgung wenig Handhabe. Solange die Morphiumsüchtigen vor allem aus den Kreisen ehemaliger Soldaten, Schmerzpatienten und aus den medizinischen Berufsgruppen kamen, waren sie stillschweigend toleriert und mit Einwilligung des Gesundheitsamtes z.T. auch substituiert bzw. mit Morphium versorgt worden.
Ende 1971 trat eine neues Betäubungsmittelgesetz (BtmG) in Kraft, mit dem die Höchststrafen von 3 auf 10 Jahren heraufgesetzt, neue Straftatbestände wie Erwerb und Handel eingeführt und weitere Substanzen als Betäubungsmittel definiert wurden.
Die repressive gesellschaftliche Reaktion auf den Konsum von Haschisch, LSD etc. und auch das Auseinanderfallen der Protestbewegung in viele Splittergruppen sorgte jetzt für die Abspaltung und Entwicklung einer Drogenszene, die sich immer stärker von anderen jugendlichen Subkulturen trennte. (...) Damit war ein Kundenkreis geschaffen der ideal vorbereitet war für das 1972 einsetzende Heroin-Geschäft in der BRD. Die Dealer konnten kommen. Sie kamen mit den US-Soldaten, die aus Vietnam zurückkehrten. Dort hatten chinesische Händler (...) einen ersten Absatzmarkt für das von ihnen seit 1969 in Südostasien produzierte Heroin gefunden. Nach Schätzungen des Pentagons, waren zeitweise 20% der US-Soldaten in Vietnam drogenabhängig. Als die USA sich 1973 aus Vietnam zurückzogen, folgten die Händler ihren Kunden in die westliche Welt und schließlich auch in die BRD.

Hier begann sich die Situation der Drogenkonsumenten zu verschärfen. Heroin wurde - im Gegensatz zu den vorher gebräuchlichen Apothekengiften - von vornherein von professionell organisierten Kartellen vertrieben, die die jetzt rasch steigenden Preise diktierten. Gleichzeitig ging das Angebot von "Ausweichmitteln" aus Apotheken zurück. Immer mehr Medikamente wurden rezeptpflichtig oder in den Katalog der Betäubungsmittel aufgenommen und waren damit für Abhängige kaum noch zugänglich. In der Drogenszene begann der Kampf ums Überleben. Die Zahl der Drogentoten stieg von 1972 (104) bis1979 (623) um das Sechsfache. Im selben Zeitraum nahm die Zahl polizeibekannter Konsumenten harter Drogen Jahr für Jahr um etwa 10.000 zu.
Die Reaktion des Staates war einmal mehr hilflos-repressiv. 1982 erfolgte die zweite Reform des Betäubungsmittelgesetzes: eine erneute Verschärfung mit höheren Mindest- und Höchststrafen und der Einführung weiterer Straftatbestände.
Es wurden aber auch therapeutische Maßnahmen als Strafmaßnahmen aufgenommen: "Therapie statt Strafe", war der Slogan, unter dem die Reform politisch verkauft wurde. Die Drogentherapieeinrichtungen, die zunächst als Alternativen zu



Psychatrie und Knast entstanden waren, sollten in den staatlichen Sanktionskatalog miteinbezogen werden.
Vordergründig schien die staatliche Strategie zu greifen. Die offenen Drogenszenen wurden vielerorts zerschlagen, die Konsumenten in die Privatsphäre abgedrängt.

Wir alle nehmen

Drogen

Beendet die Strafverfolgung von

Junkies!

Für eine kurze Phase Anfang der achtziger Jahre ging die Zahl "erstauffälliger" Konsumenten und auch der Drogentoten zurück. Noch 1986 konnte die Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth als Erfolg staatlicher Drogenpolitik verkünden, daß der Heroinkonsum bei Jugendlichen in der BRD zurückgehe.
Ganz andere Tendenzen aber waren zum selben Zeitpunkt schon in geheimen Studien der US-Regierung zu erkennen: Die Drogenkartelle (...) hatten sich zur wirtschaftlichen Weltmacht entwickelt, die Umsatz und Profitrate ständig steigerten. Bernd Georg Thamm faßt die Entwicklung der "Weltmacht Droge" bis zum Ende der achtziger Jahre folgendermaßen zusammen: (Thamm, B.G.: Drogenfreigabe - Kapitulation oder Ausweg? Hilden 1989.)

- Insbesondere in diesem Jahrzehnt hat sich das organisierte Verbrechen zum transnationalen Drogen-Multi entwickelt, der jährlich aus weltweiten Drogengeschäften 300-500 Mrd. US-$ umsetzt.

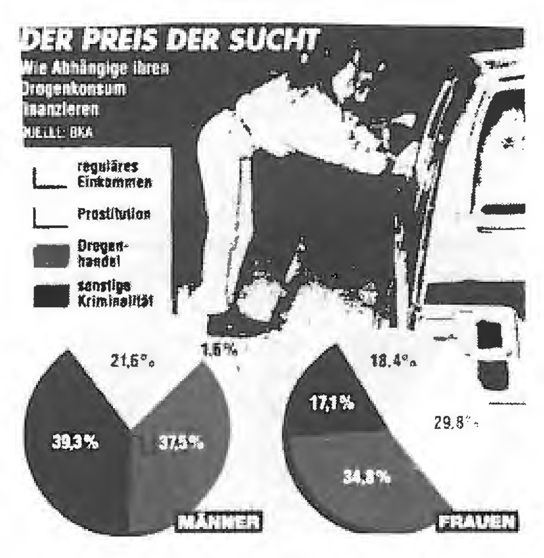
- Allein in diesem Jahrzehnt ist wahrscheinlich ein Kapitalstrom an "Narko-Dollars" von mehr als 2,5 Bill. US-$ geflossen; eine Summe die doppelt so hoch ist wie die heutige Gesamtverschuldung der "Dritten Welt".

- Über die Jahre sind in Dutzenden großer und größter Geldhäuser in Amerika, Asien, Europa und Australien weltweit Hunderte von Mrd. Dollarn verwahrt, bewegt und "gewaschen" worden, in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeflossen und in ungezählte nationale und internationale Geschäfte investiert worden. Gewinne, die von den Polizeien der Welt nicht mehr "abgeschöpft" werden können.

- Die Verbrechermultis in Süd- und Nordamerika, Westeuropa, dem Nahen Osten und Ostasien, sind ob ihrer globalen Ausdehnung und ihres gewaltigen Geld- und Korrumpierungspotentials nicht mehr zu kontrollieren.

Die gut gemeinte Drogenarbeit

Anders als der Alkohol- und Medikamentenkonsum der Bevölkerung wurde der Konsum illegaler Drogen in der BRD von Anfang an in Verknüpfung mit bestimmten Weltanschauungen diskutiert. Die konservativen gesellschaftlichen Kräfte hatten mit der Ablehnung der neuen, illegalen Drogen vor allem einer Jugendkultur den Kampf angesagt, die sich der herrschenden Wohlstands- und Leistungsideologie verweigerte. Die frühen Initiatoren einer nicht-staatlichen Drogenarbeit interpretierten den Drogenkonsum im Prinzip ganz ähnlich: Drogensucht wurde als "berechtigte" Flucht aus unerträglichen gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen. Als Therapieziel für Drogenabhängige wurde formuliert, den Kampf gegen diese Verhältnisse aufzunehmen. Praktisch alle Therapiekon-



zepte kamen aus der "linken" Ecke, bedienten sich z.T. der rigiden pädagogisch-therapeutischen Ausrichtungen sozialistischer Erziehungsprojekte (z.B. Makarenko) und spiegelten in den folgenden Jahren ziemlich genau die Entwicklung bzw. Zersplitterung der Studentenbewegung in verschiedene weltanschauliche Grüppchen und Sekten wieder.
Die Therapieeinrichtungen betonten zwar die Freiwilligkeit ihres Angebotes, doch wurde dabei übersehen bzw. verleugnet, daß die Abhängigen oft gar keine andere Chance zum Überleben hatten, als sich immer wieder auf Langzeittherapien einzulassen. Das Drogenhilfesystem bot zu den zunehmend rigide strukturierten Therapien keinerlei Alternativen an. Die Drogenberatungsstellen wurden zu Therapieplatz-Vermittlungsstellen. Die vorhandenen Therapieangebote wurden wiederum zur Legitimation für die Verschärfung der Lebensverhältnisse von Junkies: Wer wollte, konnte ja aussteigen, hieß es, und eigentlich müsse es den Abhängigen auch erst richtig schlechtgehen, damit sie dazu bereit wären.
Zwar protestierte ein Teil der Drogenberater massiv dagegen, unter dem Motto "Therapie statt Strafe" zum Vollzugshelfer der Drogen-Staatsanwaltschaften gemacht zu werden. Dies führte zum Ausschluß kritischer Einrichtungen aus dem System der Zuweisung von Klienten über die Justiz. Auch von den links-alternativen Drogenprojekten und -arbeitern wurde selten die weitergehende Frage aufgeworfen, ob die Gesellschaft nicht grundsätzlich anders mit Drogenabhängigen umgehen könnte: ob es richtig war, Ausgrenzung und Verelen-



dung als Voraussetzungen für therapeutische Hilfen zu akzeptieren.
Tatsächlich wurde das Drogenhilfesystem immer stärker zum Hilfsangebot ausschließlich für Heroinabhängige, die Probleme mit den Strafverfolgungsbehörden hatten. Nicht zuletzt deshalb war der Anteil von Frauen in den Therapieeinrichtungen verschwindend gering. Denn sie finanzierten seltener als Männer ihren Drogenkonsum über Beschaffungskriminalität. Für die Bedürfnisse von noch relativ integriert oder unauffällig lebenden Drogenkonsumenten, z.B. auch für drogenabhängige Mütter und ihre Kinder, war dieses System nicht offen. Dies bedeutete aber zugleich, daß diese Gruppen in der Regel überhaupt keine Hilfe bekamen. Daß es Drogenkonsumenten gab, die nicht aus der. Realität "geflüchtet" waren, sondern relativ integriert lebten und weiterhin versuchten, den Anforderungen von Beruf, Familie o.ä. gerecht zu werden, wurde vom Drogenhilfe-System nicht zur Kenntnis genommen.

Die zweite Marktoffensive

Die Zufriedenheit staatlicher Drogenbekämpfer um die Mitte der achtziger Jahre sollte nicht lange halten. (...) der Drogenmarkt (...) expandierte. Seit 1988 steigt die Zahl der Drogentoten von Jahr zu Jahr an. Unter ihnen sind immer mehr, die der Polizei nicht als "Konsumenten harter Drogen" bekannt waren.
Der Konsum von Drogen, auch von illegalen Drogen, ist inzwischen zu einer Alltagserscheinung von Jugendlichen geworden. Die Kundschaft der Heroin-Händler findet sich nicht mehr in einer fest umrissenen Gruppe - der sogenannten "Drogenszene" - sondern in allen gesellschaftlichen Kreisen. Der Handel und die Anwerbung neuer Kunden verbreitet sich besonders in den Zentren der "neuen Armut" in Vorstadtsiedlungen,des sozialen Wohnungsbaus, wo Jugendliche ohne große Zukunftsaussichten leben. (...) 1988 schlagen in Hamburg zum ersten Mal eine Reihe von Jugendeinrichtungen Alarm, weil sie bemerken, daß es nicht mehr einzelne Problemfälle, sondern "ihre Jugendlichen" sind, die an der Nadel hängen. Immer häufiger haben sie auch mit Jugendlichen zu tun, die dealen ohne selbst abhängig zu sein. Der Handel mit Heroin ist zu einer Verdienstmöglichkeit geworden, wie sie unterpriviligierten Jugendlichen ansonsten kaum offensteht. Die Droge Heroin ist nicht nur reizvoll, weil sie verboten ist; sie hat eine zusätzliche Attraktivität als Ware in einem lukrativen Geschäft (...).

Nicht mehr Rebellen, sondern Opfer

Gleichzeitig hat sich die gesellschaftliche Haltung zu den Drogenkonsumenten gewandelt. Die Zeiten der Vollbeschäftigung sind vorbei. Die Jugendarbeitslosigkeit und

-ausbildungskrise haben eine ganze Generation ins Abseits gedrängt. Während sich die Anforderungen in der Arbeitswelt verschärfen, beginnt sich die Gesellschaft darauf einzustellen, mit Gruppen zu leben, die an der gesellschaftlichen Arbeit und am Wohlstand kaum teilnehmen können. Man



hat sich auf den Weg zur Zwei-Drittel-Gesellschaft begeben. Drogenkonsumierende Jugendliche stellen keine Bedrohung ideologischer Werte mehr dar, denn längst hat sich eine mitleidslose Realität gegenüber denjenigen durchgesetzt, die gesellschaftlichen Anforderungen nicht standhalten können. In der Diskussion um das Drogenproblem in den Medien geht es jetzt vor allem um die materiellen Folgen der Drogenbeschaffung, um die Beschaffungskriminalität und um die AIDS-Gefahr: Die Angst, eine HIV-Infektion könne nicht nur Junkies treffen, sondern auch brave Bürger, die auf einen kondomfreien Geschlechtsverkehr mit einer drogenabhängigen Prostituierten bestehen.

Neue Ansätze in der Drogenhilfe

In die Drogenarbeit ist Ende der achtziger Jahre endlich Bewegung gekommen. Drogenberatung und -therapie erreichten zu diesem Zeitpunkt immer weniger Abhängige; das Gros der Junkies blieb seinem Schicksal selbst überlassen. Nur eine Minderheit von KollegInnen aus der Drogenhilfe begannen, auch angesichts der Bedrohung durch AIDS, öffentlich über neue Formen der Drogenarbeit nachzudenken: Überlebenshilfen durch niedrigschwellige Anlaufstellen, Spritzentauschangebote und Methadonprogramme, Erfahrungen aus anderen Ländern - insbesondere den Niederlanden - hatten inzwischen gezeigt, daß eine Verbesserung und Stabilisierung der Lebenssituation Heroinabhängiger durch die Einbeziehung der Methadonvergabe in das Drogenhilfesystem möglich war. In der BRD hatten einige wenige Ärzte damit begonnen, Patienten mit dem Codein-Präparat Remedacen zu behandeln (...)

In diesem Zusammenhang entstand 1987 in Hamburg das Drogenprojekt Palette e.V. für PatientInnen substituierender ÄrztInnen und drogenabhängigen HIV-Infizierten, das von einer Gruppe von Betroffenen, substituierten Heroinabhängigen, gegründet wurde. Das Angebot bezieht sich ausdrücklich auf die Therapie, bzw. Begleitung beim Ausstieg aus der Szene und den Versuch mit der Sucht zu leben.
Aber immer noch ist Substitution ein Angebot für Einzelne, ein Privileg für diejenigen, die nachweisen können, daß sie besonders schlecht dran sind. Außerdem wird erwartet, daß sie eine "Motivation" zeigen aus der "Drogenszene" auszusteigen und sich psychosozial betreuen bzw. kontrollieren zu lassen. Der schlichte Wunsch, nicht elend zugrunde zu gehen, muß von ihnen zur Therapie bzw. Ausstiegsmotivation überhöht werden, um den Zugang zu einer Versorgung mit L-Polamidon (Methadon) oder Remedacen zu bekommen. Das schafft weitere Probleme in der psychosozialen Begleitung: Es gibt weder für die KlientInnen noch für die BeraterInnen die Möglichkeit, klar zu unterscheiden, ob es ihnen um eine Auseinandersetzung mit ihrem süchtigen Verhalten geht oder um ein Beschaffungsproblem.
Damit bekommt das therapeutische Angebot die Funktion einer "Auslese" der Drogenabhängigen. Nach der Logik der herr-



schenden Drogenpolitik sollen dies möglichst nur diejenigen sein, die am allerschlimmsten dran sind - ausgerechnet sie aber sollen mit Hilfe einer Substitution in ein geregeltes und sozial unauffälliges Leben zurückfinden. Diese absurden Voraussetzungen, unter denen Drogenhilfe stattfindet, lassen sich nicht durch "immer mehr Sozialarbeit" auflösen, sondern nur durch eine grundsätzliche Wende der Drogenpolitik (...).

Kommt zur bundesweiten

DEMONSTRATION

Samstag 21. Mai, 15 Uhr
Berlin, Breitscheidplatz (Nähe U-Bahnhof Zoo)
Kundgebung vor der JVA Moabit

Für ein Bündnis aller, die sich dem Menschenverachtenden Faschismus entgegenstellen

Am 21.Mai wird es in Berlin eine bundesweite Demonstration gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen und ImmigrantInnen in der BRD geben. Das Ziel der Demonstration ist es, die Kriminalisie-rung antifaschistischer Politik aufzuzeigen und Solidarität mit den verfolgten und verhafteten GenossInnen zu üben. Der anstehende Prozeß gegen Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahrin in Berlin, der laufende Prozeß gegen AntifachistInnen in Pinneberg, die Verhaftungen in Arolsen, die Kriminalisierung von und die Ermittlungen gegen AktivistInnen aus MigrantInnen- und Antifazusammenhängen in Göttingen und anderen Städten bestätigen den bekannten Satz, daß der Staat und seine Repressionsorgane auf dem rechten Auge blind sind.

Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen, die staatliche Asylkampagne und die darausfolgende faktische Abschaffung des Artikel 16GG, das Auschwitzurteil des Bundesgerichtshofs, neofaschistische Organisationen in Parlamenten der Bundesländer, Annäherung an und Übernahme von rassistischen und antsemitischen Denkweisen durch die bürgerlichen Parteien, "Vormarsch" rechter Kultur ... diese Liste könnte endlos fortgesetzt werden. "Geschichte wiederholt sich nicht", sagen die MacherInnen öffentlicher Meinung und die PolitikerInnen aller Couleur. Geschichte wiederholt sich, wenn nicht aus ihr gelernt wird, sagen wir!

Die Demonstration ist wichtig, gerade jetzt. Die Ziele sind klar: Die OrganisatorInnen der Demonstration formulieren es u.a. so:
"Über die Unterstützung von Verfolgten und den Widerstand gegen die Kriminalisierungswelle hinaus, geht es uns mit der Demonstration darum, die Legitimität antifaschistischen Widerstandes für möglichst viele nachvollziehbar zu machen (...)."
Weiter heißt es; *"Wir legen wert auf eine Demonstration, die sich an die Bevölkerung vermittelt. Vom Bild, vom Auftreten und von den Inhalten muß klar sein, daß alle Menschen, die sich dem Naziterror entgegenstellen wollen, an ihr teilnehmen können. Die Demonstration besitzt einen offenen, aber durch ihr Motto auch entschiedenen Charakter."*

In diesem Sinne: Kommt nach Berlin, beteiligt euch an der Demonstration.

Firlefanz statt Toleranz

Leserinnenbrief zum Artikel: Kiezritter gegen ideellen Gesamtyuppie aus dem Schanzenleben vom Februar/März 1994. Abgedruckt in der Zeck Nr. 25/April 1994

Nun mal ehrlich, Schanzenleben!
Ihr habt ja viel Platz in Eurer Zeitung, wenn Ihr dort ganze zwei Seiten lang die Gefahr einer "Anti-Yuppie-Säuberungswelle" im Schnazen- und Karoviertel heraufbeschwört. Locker-flockig kommt Euer Artikelchen daher, stolpert von Metapher zu Metapher, um dann zum ersten Tiefschlag auszuholen: "faschistoid" sei es, "Yuppies raus" zu sprühen. Vor allem, wenn es doch immer die Falschen treffe. In diesem Fall nur eine "kleine Modedesign-Werkstatt mit handwerksüblichen Preisen" (Was denn? Designerklamotten jetzt so billig wie bei 'Schauen und Klauen'?)
ZUr Veranschaulichung der Gefahr bemüht Ihr noch eine sehr verkürzte Chronologie der Aktionen von "KLasse gegen Klasse" in Berlin-Kreuzberg. Dieser Gruppe (die sind ziemlich Panne, zugegeben) unterstellt Ihr dann noch, Nazisürache zu verwenden, was Euch wohl selber ein wenig peinlich war, meint Ihr das doch ins Lateinische übersetzen zu müssen.
("Lingua Tertii Imperii", ts,ts)
Das sitzt. Technischer k.O. in der 2. Runde.
Und was lernen wir noch von Euch?

1) Die Yuppies sind nur Ausdruck des Umstrukturierungsprozesses. Also eigentlich willenlos werden sie von höheren Mächten (Gott? Helmut Kohl? Die Deutsche Bank?) gezwungen, in noch billigere Altbauwohnungen zu ziehen.
2) Ein Daimler und Französisches Essen sind als Klischees für Reichtum "abgelutscht und unzutreffend".
3) Wer "Yuppies raus" auf Häuserwände sprayt, schmeißt irgendwann auch Handgranaten ("Junge, nimm nie Haschisch, du endest an der Spritze").
Und so weiter und so fort: Ihr schmeißt Euch mit geballter Energie gegen jene, die sich gegen einen tatsächlich sattfindenden Verdrängungsprozeß stemmen.
Unter dem Mäntelchen einer allumfassenden Toleranz zeichnet Ihr das wirklich abgedroschene Bild des bösen mächtigen, der alles plant, während seine kleinen Rädchen (in diesem Fall die "aufstiegsorientierte Mittelklasse") zu seinem Werkzeug werden. Sorgenvolles Schanzenleben, auch wir machen uns Sorgen, aber weniger um Gerechtigkeit für Yuppie-Läden, als um Eure Wahrnehmung!
Wir behaupten nämlich, daß auch Yuppies und BetreiberInnen von Schickie-Läden einen eigenen Willen haben.
Wir behaupten weiter, daß Aktionen gegen solche Läden durchaus Wirkung haben können - und zwar bei den richtigen Leuten (es müssen ja nicht gleich Handgranaten sein).
Vor allem aber bahaupten wir, daß angesichts von Wohnraumverknappung, Umwandlung und 'Modernisierung' der "Westlichen Inneren Stadt" die 'aufstigsorientierte Mittelklasse' weit gefährlicher ist als Eure sogenannten "Kiezritter", auch wenn sie mal übers Ziel hinausschießen.
In diesem Sinne: Firlefanz statt Toleranz!
XYZ

Liebe Wahrnehmungs-wächterInnen,

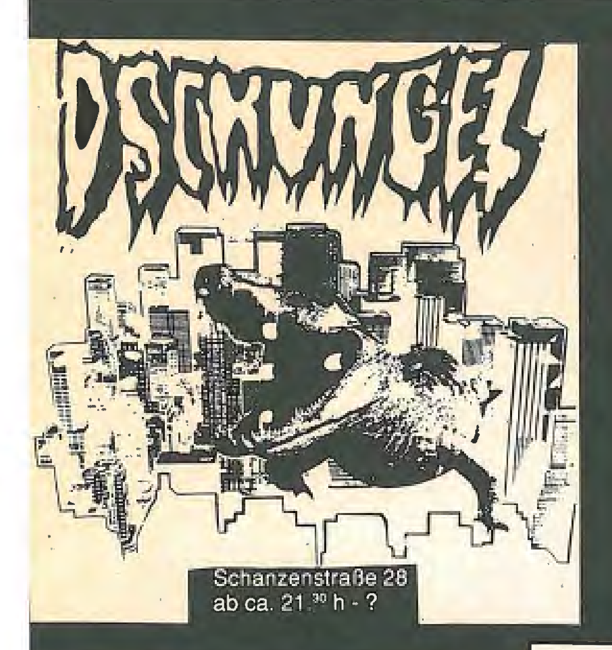
hier ein Zwischenbericht von unserer Wahrnehmungstherapie auf der Döse-Couch: tatsächlich wurden in dem Artikel "Kiezritter gegen ideellen Gesamtyuppie" grob vereinfachend die Aktionen von "Klasse gegen Klasse" und die Sprühaktion in Hamburg in einen Topf geworfen und über einigen Gemeinsamkeiten die Differenzen zwischen den Aktionen unterschlagen. Besonders kommt das beim k.o.- Adjektiv "faschistoid" zum Tragen, das sich nicht auf die Hamburger Aktion, wohl aber auf "Klasse gegen Klasse" beziehen sollte. Denen wird im Artikel und auch weiterhin Nazisprache unterstellt, was nicht etwa aus Beschämung ins Lateinische übersetzt wurde, sondern sich in bildungsbürgerlicher Attitüde auf DAS Standardwerk zur Sprache des Dritten Reiches bezog, auf "Lingua Tertii Imperii (LTI)" vom Leipziger Philologen Victor Klemperer, das er erstmals 1946 veröffentlichte.

Nun zu den Gemeinsamkeiten zwischen den Aktionen in Hamburg und Berlin: Gemeinsam war beiden, und darum ging es in dem Artikel eigentlich, daß ein Feindbild des Yuppies aufgebaut wird, das auf Klischees beruht, daß dieses Feindbild durch solche Aktionen personifiziert wird und der solchermaßen entlarvte "Yuppie" als Fremdkörper in der eigenen Gemeinschaft erscheint, aus der er oder sie ausgestoßen werden soll nach dem Motto: "Yuppies raus aus unserem Viertel". Natürlich gibt es diesen eindeutigen Yuppie ebensowenig wie die Gemeinschaft oder die Solidarität des Kiezes. Es geht nicht um eine "allumfassende Toleranz" gegen Yuppies, es soll auch nicht der Yuppie gegen den Kiezritter gerettet werden, sondern schlicht darum, daß die Motoren der Umstrukturierung nicht so klar zu bestimmen sind, wie die Aktionen gegen "Yuppieläden" es vorgeben. Wo wir bei dem Kritikpunkt "Yuppies als Ausdruck eines Prozesses, nicht aber deren Verursacher/innen" wären. Die Formulierung war sicher ungeschickt; es sollte nicht ein Bild des "mächtigen Bösen", das alles steuert, gezeichnet werden und zwischen Ausdruck und Ursache läßt sich so klar nicht trennen. Besser hätte es bei der Feststellung, daß Yuppies Ausdruck eines Prozesses sind, bleiben sollen. Dieser Prozeß läßt sich nicht so einfach an diesem oder jenem Laden oder an bestimmten Personen festmachen und das "Bloßstellen" sogenannter Yuppieläden- in welcher Form auch immer- erreicht sicher nicht die "richtigen Leute", wer auch immer das sein mag. Statt des "korrekten Bewußtseins" für die Gefahren der Umstrukturierung werden nur Klischees erzeugt. Es ist nicht alles gut, hauptsache man oder frau tut. Und bildet sich dann womöglich ein, "sich gegen einen tatsächlich stattfindenden Verdrängungsprozeß (zu) stemmen". Ende ohne Kampfruf, stattdessen immer noch auf der Döse-Couch, grübelgrübel, der Schanzenkomplex.

LESUNG

Wann: 15. Juni 1994 um 20.00 h
Wo: Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55

Fanny Müller liest aus ihrem Buch "Geschichten von Frau K.", erschienen im Verlag Weisser Stein, Greiz, kostet DM 15,-.
Wer einen netten Abend verbringen will, sollte sich die satirischen Geschichten aus dem Schanzenviertel nicht entgehen lassen.



Das Info aus der Roten Flora Hamburg ZECK

gib's jetzt endlich auch im Abo ab DM 20,-- pro Quartal. Überweisungen an: *Flora e.V.*
Stichwort: ZECK
Kto. 1228 / 129431
BLZ 20050550 Haspa
(Adresse nicht vergessen)





KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL

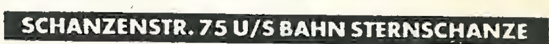
SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser-Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht- und Wochenend
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9 - 18.30 Uhr
Sa 10 - 14 Uhr









die Spezialisten für
Motorradklamotten
und besondere Ideen
Lederdesign
Reparaturen



Bergiusstraße 12 · 2 Hamburg 50 · Tel. 39 67 79
Di-Fr 14-18.00 Uhr · Sa nach Vereinbarung

KARATE-DO
HAPKIDO
AnfängerInnengruppen
für Erwachsene



Sportschule Goshin
Glashüttenstraße 79
20357 Hamburg
Tel.: 040/4396594



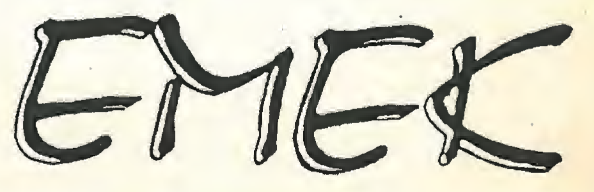
Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS GMBH

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN........

Bartelsstr.12 2000 Hamburg 36
Tel. 040/ 4398441



RESTAURANT



TÜRKISCHE SPEZIALITÄTEN

Schulterblatt 36 • 20357 Hamburg • Tel. 430 20 31
Öffnungszeiten: 12 Uhr bis spät in die Nacht

ADRESSEN

ALTE
Graue Panther e.V.
Lerchenstr. 37, 22767 Hamburg
Tel.: 439 33 88
Donnerstagsplenum: jeden 1. u. 3. Do. im Monat 15-18.30, Kontakt: Maike Brandt

ANTIFA
Antifa Schanzenviertel
Treffen jeden 1. Mittwoch im Monat ab 21 Uhr in der Roten Flora

Antirassistisches Telefon
Tel.: 43 15 87

ARCHIVE
Archiv der sozialen Bewegungen und das Foto-Archiv-Kollektiv
Mo, Mi 16-19 Uhr in der Roten Flora, Schulterblatt 71, 20357 HH

CAFE UND BUCH
Marktstr. 114, 20357 HH
Mo-Fr 13-18.30; Sa 10-13.30

DROGEN
Palette
Eltern- und Angehörigeninitiative für akzeptierende Drogenarbeit e.V.
Bartelsstr. 12 im Schanzenhof, 20357 HH
Tel.: 430 32 00 (Mi 18.30-22.00)

Stay Alive
Drob Inn St. Pauli
Nobistor 10, 22767 HH,
Tel.: 3174507

FRAUEN
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.: 25 55 66
Mo-Fr 9.30-13 Uhr (außer Mittwochs), Mo+Do 15-19 Uhr; Di+Mi 15-16.Uhr
(sonst Anrufbeantworter)

AIZAN für Mädchen
Wohlwillstraße 55, 20359 HH
Tel.:
43 60 54 (Mo-Fr 10-16.00)
Beratung: Mo, Di, Do 14-16 Uhr
Hausaufgabenhilfe: Di, Do 15-18"
Sozialberatung für junge Frauen: Mi 14.30-16.30 Uhr

Frauenbildungszentrum Denk(t)räume
Grindelallee 43, 20146 HH
Tel.: 45 06 44

Bloody Mary/Frida
Frauen/Lesben- Bar
Kleiner Schäferkamp 46
Freitag ab 2o Uhr

Dolle Deerns e.V.
Beratung für sexuell mißbrauchte Mädchen und Frauen
Juliusstr. 16, 20357 HH
Tel.: 439 41 50
Mo 14-16 Uhr, Mi 16-18 Uhr, Do 11-13 u. 15-17 Uhr

FRIEDEN:
Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner
Gruppenabend: Di 20 Uhr im Haus für Alle, Amandastraße 58, 20357 HH
Tel.: 43 20 05 oder:
Mo.,18 Uhr im Goldbekhaus, Moorfurthweg 9

HAFENSTRASSE
Cafe "Tante Hermine", Hafenstr. 108, 20359 HH
(un-) regelmäßig ab 15 Uhr
Genossenschaftsbüro Bernhard-Nocht-Str. 24
Hafenrandverein St. Pauli e.V. c/o GWA, Hamburger Hochstr. 2, 20359 HH

HAUS FÜR ALLE
Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel
Amandastr. 58, 20357 HH
Tel.: 43 15 85
täglich 10-18 Uhr

HIV und AIDS:
Schwupptiwupp. Schwule Nächte mit Menschen mit HIV und Aids, ungetestete und andere
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
Mi, ab 20.00
Kleiner Schäferkamp 46

Aids-Hilfe Hamburg e.V.
Paul Roosen Str. 43, 22767 HH
Tel.: 319 69 81
Sprechzeiten Büro: Mo, Mi, Fr 10-12 Uhr; Di, Do 17-19 Uhr
Telefonberatung: Mo-Fr 18-21 Uhr
Sonntagscafe: So 15-18 Uhr

INFOS:
Schwarzmarkt -Infoladen-
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH Tel.: 44 60 95;
FAX: 410 81 22
Mo-Fr: 12-18.00, Sa: 12-15.00
Do: " (nur Frauen)

KINDER UND JUGEND
Kindersorgentelefon
Margaretenstr. 41, 20357 HH
Tel.: 43 73 73

Kinderhaus Heinrichstraße
Heinrichsraße 14a, 22769 HH
Tel.: 43 39 49

Kinderstube Altona e. V.
Bartelsstr. 65, 20357 HH
Tel.: 43 68 55

Kinderglück e. V.
Beckstr. 4, 20357 HH
Tel.: 439 93 97

Kinderwohnhaus Sternschanze
Sternstr. 39, 20357 HH
Tel.: 43 76 44

KNAST
die gruppe
Treffpunkt und Beratung, Bartelsstr. 26, 20357 HH
Tel.: 439 17 93

KULTUR
Literaturlabor
Lindenallee 40, 20259 HH
Tel.: 43 59 26

LIBERTINISTEN
Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27, 20357 HH
Tel.: 430 13 96

MÄNNER
Männercafe
Di, ab 17 Uhr im Cafe Döse, Bartelsstr. 10, 20357 HH
Tel.: 4302590

Profeministisches Männer-Medienarchiv
Di, ab 15 Uhr im Cafe Döse, Bartelsstr. 10, 20357 HH

MIGRANTINNEN
Spanischer Elternrat e.V.
Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 HH
Tel.: 43 20 52

Türkisches Volkshaus
Neuer Kamp ?
täglich 13-24 Uhr

Ausländerberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt
Vereinsstr. 30, 20357 HH
Tel.: 439 22 34

amnesty international Asyl-Beratung für ausländische Flüchtlinge
Amandastr. 34, 20357 HH
Tel.: 439 24 05
Do 18-20 Uhr

Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.
Völckersstr.14-20, 22765 HH
Tel.: 39 13 51
Di 10-13, Do 14-17 Uhr

Internationaler Treffpunkt Karolinenstr. e. V.
Marktstr. 119, 20357 HH
Tel.: 439 27 81
Mo u. Do 10-14 Uhr; di 10-13 Uhr; Mi 10-16 Uhr

RADIO
Radio Loretta
siehe Programmhinweise
Mo-Fr 20-21 Uhr, Sa 19-21 Uhr
im Offenen Kanal (96 MHz)

Redaktion: FSK, Schulterblatt 23c, 20357 HH, Tel.: 43 43 24,
FAX: 430 33 88

SCHWULE
Schwule glücklich auf der Baustelle
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
Do ab 20.00

Schwusel
c/o tuc tuc, Oelkersallee 5, 22769 HH
Tel.: 430 06 95

TIERSCHUTZ
Tierschutz-Aktiv-Nord
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH

VOKÜ
Adressen: Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 HH
B5, Brigittenstr. 5, 20359 HH
Hafen Vokü, Hafenstr.116, 20359 HH
Jäpa, Wohlwillstr. 22, 20359 HH
KSK, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 HH
Volksküchenplan:
MO: 19.00 Flora; 19.30 Hafenstr.; 20.00 Jäpa (vegetarisch)
DI: 20.00 alle 2 Wochen B5 (veg.); 19.30 Hafen
MI: 20.00 Klausstr. (veg.); 19.30 Hafen
DO: 19.00 Flora (veg.); 19.30 Hafen
FR: 20.00 Turm (veg.); 19.30 Hafen; 19.00 Flora (veg.)
SO: 19.00 Flora (vegan) (14 tägig); 19.00 KSK (vegan) (14-tägig)

WOHNUNGSLOSE
Ambulante Hilfe e.V.
Beratungsstelle Altona: Schomburgstr.108, 22767 HH
Tel.: 389 732

YOL
Schanzenstr. 5, 20357 HH
Mo-Fr 11-18.30 Uhr